

Danziger Zeitung.

No 9760.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 31. Mai. Die mehrere Morgenblätter wissen wollen, wäre der entthronte Sultan erdrosselt. Authentische Bestätigung dieser Nachricht fehlt.

Quebeck, 31. Mai. Eine große noch fortwährende Feuersbrunst ist hier ausgebrochen; 50 Häuser sind bereits verbrannt.

London, 31. Mai. Die Morgenblätter äußern sich über den Thronwechsel in Constantinopel im Ganzen günstig, aber vorläufig zurückhaltend und ohne übertriebene Hoffnungen. Sie heben hervor, die Sostas hätten die Bewegung klug und geschickt bewerkstelligt, indem sie die Frage berechneten, ob die Absichten der Sostas auf einem formellen Programm beruhten und ob sie letzteres durchführen könnten. Uebrigens sehen die Blätter den Thronwechsel als ein der friedlichen Lösung der orientalischen Frage günstiges Ereignis an und meinen, die Mächte müßten die Anstrengungen der Türkei unterstützen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Konstantinopel, 30. Mai. Sultan Murad V. wurde als „Kaiser von Gottes Gnaden und durch den Willen der Nation“ proclamirt. Sein abgesetzter Vorgänger wurde mit seiner Familie nach dem alten Serail gebracht. Die Umwälzung vollzog sich in vollständiger Ruhe. Unter den Christen und Muselmännern scheint über den Thronwechsel Befriedigung zu herrschen, und es fand heute Morgen eine Volkskundgebung statt. Heute Abend soll die Stadt festlich beleuchtet werden, auch sind dreitägige Festlichkeiten in Aussicht genommen. Sultan Murad hat heute seine Residenz im kaiserlichen Palais genommen.

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 29. Mai.

Das Haus setzt die Beratung der Städte-Ordnung fort.

§ 52 regelt die den dienstunfähig gewordenen besoldeten Magistratsmitgliedern zu gewährenden Pensionen. Ausnahmen von den als Norm aufgestellten Pensionsfähigkeiten sollen auf Grund besonderer Vereinbarungen zulässig sein. Abg. Kalle beantragte, solche Vereinbarungen von der Genehmigung des Regierungs-Präsidenten abhängig zu machen. — Das Haus lehnt diesen Antrag ab.

Zu § 55, welcher bestimmt, daß durch Gemeindebeschlüsse eine Stadtgemeinde von der Collegialverfassung zur Bürgermeisterverfassung übergehen kann, beantragte Abg. Uhlendorff diesen Lebergang dadurch zu erschweren, daß ein solcher Gemeindebeschluss einer zweimaligen, durch einen Zwischenraum von 21 Tagen getrennten Beratung bedürfen solle. Abg. Richter (Sagen) beabsichtigt andererseits, den Lebergang zu der Bürgermeisterverfassung zu erleichtern und beantragt deshalb an die Stelle des „Gemeindebeschlusses“ den „Beschluss der Stadtverordneten“ zu setzen, auf Grund dessen der Bezirksrath zu bestimmen hat, daß die Verfassung der Gemeinde die erwähnte Veränderung erleiden soll. — Das Haus tritt unter Ablehnung des Amendements Richter dem Antrag des Abg. Uhlendorff bei.

§ 71a bestimmt, daß in Stadtgemeinden mit collegialischem Vorstand in den durch Gemeindebeschlüsse erledigten Angelegenheiten auf Antrag des Magistrats oder der Stadtverordneten in gemeinschaftlicher Sitzung

unter dem Vorsitz des Bürgermeisters berathen werden soll. Die Abstimmung findet in getrennten Collegien statt. — Abg. Uhlendorff bittet diesen Paragraph, dessen Bestimmung aus den Verhältnissen in Hannover und Schleswig-Holstein hergenommen sei, abzulehnen und den altpreussischen Provinzen ihre Eigenthümlichkeit der gesonderten Beratung der beiden Communalbehörden zu belassen. Der Paragraph führe durch den überwiegenen Einfluss des Bürgermeisters und den dadurch beschränkten Einfluss der Stadtverordnetenversammlung in die gemeinschaftlichen Sitzungen notwendig zur Bürgermeisterverfassung. Jedenfalls genüge es, derartige gemeinsame Sitzungen auf die Beratung von Streitfällen zu beschränken. — Abg. Miquel weist darauf hin, daß gerade in Hannover und Schleswig-Holstein die Magistratsverfassung die wärmsten Anhänger habe. Trotzdem sei dort niemals eine Stimme laut geworden, welche eine Befestigung der hier vorgeschlagenen Bestimmung gefordert habe. Im Gegentheil gewähre die letztere dadurch, daß sie Conflicten zwischen den Communalbehörden vorbeuge, die sicherste Stütze der Magistratsverfassung. — Abg. Birchow schließt sich dem Antrag Uhlendorff an. Die Vorzüge der gemeinsamen Sitzungen erreiche man vollkommen dadurch, daß man dieselben in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage auf solche Fälle beschränke, in denen der Magistrat oder die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung zu einer durch Gemeindebeschluss zu erledigenden Vorlage verweigert habe. — Abg. Richter (Sagen) schlägt vor, daß schon ein Viertel der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung genügen solle, um eine Vertagung der gemeinsamen Beratung oder die Erledigung der Angelegenheit in getrennten Collegien zu veranlassen. — Das Haus tritt dem Amendement des Abg. Richter bei und genehmigt sodann den so modificirten § 71a nach den Beschlüssen der Commission.

§ 85 regelt die Anstellung der auf Lebenszeit anzustellenden Gemeindebeamten. Nach den Beschlüssen der Commission soll die Verpflichtung der Städte zur Anstellung von Militäranwärtern sich nicht auf die Stadtsecretäre und Calculatoren erstrecken. — Reg.-Comm. Wohlers bittet dringend, diese Bestimmung zu streichen, da die Regierung auf die Aufrechterhaltung der vollen Verpflichtung zur Anstellung von Militäranwärtern großes Gewicht lege. — Abg. Oskerrath schließt sich diesem Wunsche an. Das Haus möge die Zahl der dem Zustandekommen des Gesetzes entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht ohne Noth vermehren. — Abg. Röstel bittet an den Beschlüssen der Commission festzuhalten. Allerdings sei die Stadtgemeinde nur zur Anstellung wirklich qualifizirter Militäranwärter verpflichtet, da sie aber genötigt sei, diese Candidaten jedenfalls anzustellen, so lange sich nicht ihre Unbrauchbarkeit herausgestellt habe, so könne dadurch ein häufiger Wechsel der Beamten herbeigeführt werden, der gerade in den wichtigen Stellen der Stadtsecretäre und Calculatoren von erheblichem Nachtheil sei. Durch Aufnahme der Bestimmung, die dem dringenden Wunsche mehrerer Städtetheile entspreche, werde die facultative Anstellung der Militäranwärter auch in diesen Stellen ja keineswegs ausgeschlossen. — Der Antrag Oskerrath wird hierauf abgelehnt und § 85 unverändert genehmigt.

Die Bestimmung im § 94a, daß die Ertheilung eines über 6 Wochen hinausgehenden Urlaubs für ein besoldetes Magistratsmitglied der Genehmigung der Stadtverordneten bedürfe — wird auf Antrag des Abg. Lauenstein gestrichen. § 96 fest, daß der Bürgermeister die Ausfertigung der Gemeindefurkunden vollzieht. Ein Antrag Schlichter verlangt die Mitunterschrift eines zweiten Magistratsmitgliedes neben der des Bürgermeisters, wenn in der Urkunde Verpflichtungen für die Stadtgemeinde übernommen werden. — Abg. Birchow: Jedenfalls sei es wünschenswerth, daß auf

der Urkunde auch erkennbar gemacht werde, daß die übernommene Verpflichtung die Zustimmung der Stadtverordneten gefunden habe. Einen Antrag in diesem Sinne behalte er sich für die dritte Lesung vor. — Reg.-Comm. Wohlers empfiehlt die Annahme des Antrages Schlichter, der der Regierungsvorlage entspricht. Die Ausführung des vom Vorredner ausgesprochenen Wunsches würde in der Praxis zu großen Unzulänglichkeiten führen. — Abg. Miquel bittet, bei dem Beschluss der Commission stehen zu bleiben. Die Möglichkeit einer Action nach außen werde außerordentlich erschwert, wenn die formellen Schwierigkeiten für die Ausstellung der Tausende von Urkunden, die oft von der geringfügigsten Bedeutung seien, in der vorgeschlagenen Weise gehäuft würden. — Abg. Petri schließt sich diesen Ausführungen an. Bei der Annahme einer Bestimmung, wie sie der Abg. Birchow in Aussicht genommen habe, würden die Schwierigkeiten des geschäftlichen Verkehrs der Communalbehörden untrüglich werden. — Abg. Lauenstein bittet dem Antrag Schlichter zuzustimmen, dessen Annahme durch seine Erleichterung der Geschäftsführung herbeiführe, sondern eine wünschenswerthe Garantie für den Bürgermeister selbst gewähre. — Referent Zelle empfiehlt die Ablehnung des Amendements. Die Zahl der sogenannten Urkunden, zu denen a. B. jede Vollmacht in einem Bagatelprozess gehöre, sei so groß, daß die Forderung mehrerer Unterschriften den Geschäftsgang außerordentlich erschweren würde. — Der Antrag Schlichter und mit ihm § 96 wird angenommen.

§ 98 bestimmt: die Feststellung des Stats erfolgt durch Gemeindebeschluss. Abg. Eberth beantragt, statt „durch Gemeindebeschluss“ zu setzen: „durch die Stadtverordnetenversammlung“. — Der Antragsteller weist darauf hin, daß die vorliegende Bestimmung eine Abänderung des bestehenden Rechts enthalte und im Widerspruch stehe mit § 66 der Städteordnung für die östlichen Provinzen und die Stadt Frankfurt. Ein Bedürfnis zu dieser Veränderung liege nicht vor. Die Stadtverordneten seien die Repräsentanten der Stenversahler, also deshalb in erster Linie berechtigt, den Stat festzustellen. Ein möglicher Mißbrauch dieses Rechts entbinde nicht von der Pflicht, das wichtigste im Gebrauch bestehende Recht der Stadtverordneten anzuerkennen. — Ohne weitere Debatte wird der Antrag Eberth abgelehnt.

Die §§ 107 bis 115 regeln die Competenzen und die Functionen des Magistrats und der Stadtverordneten in Beziehung auf die Verwaltung der örtlichen Polizei und der allgemeinen Landesangelegenheiten. — Die Commission hat durchweg das Prinzip durchgeführt, nicht den Bürgermeister sondern die Communalbehörden zum Träger der Polizeigewalt zu machen. — Minister Graf Culenburg: Die Bestimmungen ergeben bei der Regierung außerordentlich schwere Bedenken. Von keiner Branche der Staatsverwaltung wird die Promptheit und zugleich das Bewußtsein der Verantwortlichkeit mehr verlangt als von der Polizeiverwaltung. Mit dieser Forderung ist aber die hier festgesetzte Uebertragung der städtischen Polizeigewalt auf ein Collegium, auf den Magistrat, durchaus vereinbar. Auch in denjenigen Branchen der Polizeiverwaltung, die in diesem Paragraphen nicht dem Magistrat, sondern allein dem Bürgermeister übertragen sind, erfüllt der Bürgermeister keineswegs das Amt eines unabhängigen zur Initiative und zum Ersatz von Verfügungen berechtigten Polizeibeamten, sondern er hat lediglich eine executive Function; er kann nur Maßregeln in Ausführung bringen, die das Magistratscollegium erlassen und verordnet hat. Ein zweites sehr großes Bedenken gegen die Paragraphen basiert sich auf das sehr geringe Maß von Aufschlagsrecht, das darin der Staatsgewalt zugestanden wird. — Abg. Miquel: Der Grundgedanke der Commission war

der, daß der Stat, daß die Communalbehörden Träger der obrigkeitlichen Gewalt sein sollen, eine bloße Phrase bleibe, wenn man nicht dem Magistrat, sondern ausschließlich dem Bürgermeister diese Gewalt übertrage. Thatsächlich ist aber der Bürgermeister der einzige Träger der Gewalt, wenn er allein die gesamte Polizeigewalt in seiner Gewalt hat und dadurch im Stande ist, Magistrat und Stadtverordnete vollständig bei Seite zu schieben. Ich erinnere Sie in dieser Beziehung nur an die Macht der Baupolizei. Der Einwand, daß die Polizeigewalt notwendig in einer einzelnen Person vereinigt sein müsse, trifft nur in Bezug auf gewisse Gegenstände zu. Die Commission hat diese Gegenstände ausgenommen und dieselben dem Bürgermeister allein gesetzlich übertragen. Die ganze Selbstverwaltung wird zu einem bloßen Schein, wenn man, wie die Regierung will, die Staatsgewalt überall durch die Hinterthüre in die Communalverwaltung wieder einführt. Die von der Commission vorgeschlagenen Bestimmungen sind aus den durch langjährige Erfahrungen bewährten Einrichtungen der neuen Provinzen entnommen. Kommen Sie den Stadtverwaltungen mit Vertrauen entgegen, sie haben dieses Vertrauen redlich verdient. (Beifall.) — Minister Graf Culenburg bittet, den Gedanken der Selbstverwaltung nicht in dem Sinne mißzuverstehen, daß man die Städte zu absolut selbstständigen Körpern machen müsse. Die Gränzen großer und mächtiger Communen sei gewiß wünschenswerth, dieselben müßten jedoch stets innerhalb des Staatsgefüges bleiben. — Abg. Wagner (Stargardt) empfiehlt die Annahme eines vom Abg. Kalle gestellten Antrages, wonach die dem Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Polizeianwalt bei dem an seinem Amtssitze bestehenden Polizeigericht zustehende Entscheidung aus der Staatskasse und nicht von den Gemeinden bezahlt werden soll. Der Polizeianwalt sei ein Justiz- und kein Polizeibeamter, seine Remuneration müsse deshalb auch dem Justizetat zur Last fallen. — Abg. Nidel befragt, ob ein Amendement des Abg. Uhlendorff, welches die Bestimmungen der §§ 180b. und 108c. über die Wahrnehmung der Geschäfte der Polizeianwaltschaften durch den Bürgermeister bez. durch einen andern Gemeindebeamten streichen will. — Abg. v. Bismarck (Flatau) beantragt eine Reihe von Amendements, die sämmtlich die Tendenz haben, der Regierungsvorlage entsprechend den überwiegenen Einfluss des Bürgermeisters in der örtlichen Polizeiverwaltung zur Geltung zu bringen. — Bei der Abstimmung werden die §§ 107 bis 110 unter Ablehnung der Amendements nach den Beschlüssen der Commission angenommen. — Der einzige wesentliche Modification, daß im § 108b der Stat: „Das Recht der vorläufigen Straffestsetzung wegen Uebertretungen, sowie die Festsetzung von Executivstrafen steht dem Bürgermeister zu“ nach dem Antrag Kalle ersetzt wird, durch den Stat: „dem Bürgermeister gebührt selbstständig und ausschließlich das Recht der vorläufigen Straffestsetzung wegen Uebertretungen, sowie die Anwendung der dem Polizeiverwalter in den Stadtgemeinden zur Durchführung polizeilicher Maßregeln gesetzlich zustehenden Zwangsmittel.“

§ 111 wird nach dem Antrage des Abg. Lauenstein in folgender Fassung angenommen: „Ortspolizeiliche Verordnungen bedürfen der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, und wenn dieselben von der staatlichen Ortspolizei-Behörde erlassen werden, auch des Magistrats. Wird die Zustimmung verweigert, so entscheidet auf Antrag des Magistrats, beziehungsweise der Staatsbehörde, der Bezirksrath, in den Stadtkreisen der Provinzialrath.“

Im Uebrigen wird die Vorlage — abgesehen von einigen redactionellen Modificationen — durchweg nach den Vorschlägen der Städteordnungs- und der Competenz-Commission ohne weitere Debatte genehmigt.

Die Sostas.

Ueber die in der letzten Zeit so viel genannten türkischen Akademiker giebt eine Original-Correspondenz des N. W. T. folgenden Aufschluß: Der Islam besitzt keine organisirten theologischen Anstalten. Neben jeder Moschee findet sich vielmehr ein Gebäude, „Medresse“ (Forschungshaus) genannt, in dem gewöhnlich Grammatik, der Koran und seine Erklärer, dann Poesie, Geschichte, Geographie, Rechtswissenschaften, Mathematik, manchmal sogar auch Medicin und Mystik, kurz alles Wissenswerthe und Wünschenswerthe gelehrt und getrieben wird. Ihren Unterhalt zieht die Medresse gewöhnlich aus dem Einkommen von frommen Stiftungen, auf welche der Islam einen besonderen Werth legt. Wächst ein junger Moslem in eine solche Medresse einzutreten, so kann dies zu jeder Zeit geschehen, da es in diesen Schulen keine Oster- und keine Herbstferien, und auch keine festgesetzte Inscriptionszeit giebt. Die Aufnahmeformalitäten sind gleichfalls höchst primitiv; besondere Anforderungen werden kaum gestellt. Der gestern angekommene Junge ist heute schon „Akademiker“ und erhält dann den Titel Sosta. Ueber die Bedeutung dieses Wortes sind noch heute die arabischen Etymologen nicht einig, und während es einige von ihnen vom griechischen „Sophos“ (Gelehrter, Weiser) ableiten wollen, halten es andere wieder für ein ursprünglich persisches Wort, und zwar für das corrupte Participle vom Worte „Suchleh“ (brennen, verbrennen), also ein vor Wißbegierde brennender Jüngling.

Seinen Unterhalt findet nun der Sosta, wenn er nicht reich von Hause aus ist, entweder in der Medresse selbst, wo auch Legate für mittellose Studierende vorhanden sind, oder indem er irgend eine Condition als Buchhalter, Schreiber oder Hofmeister annimmt. Gewöhnlich wird ihnen die Erziehung der Jugend anvertraut, und holt sich daher jeder reiche Türke einen Sosta aus der Medresse, dem er dann Kost, Quartier und auch einen kleinen Gehalt giebt, wofür ihm dieser wieder seine Söhne — die Mädchen werden im Harem selbst von der Mutter oder von irgend einer Sklavin oder Gouvernante erzogen und

unterrichtet — zur Erziehung anvertraut, damit er sie zu gottesfürchtigen Moslems heranbilde. So ein Sosta ist gewöhnlich das Factotum des Hauses, eine Art spiritus familiaris, da er die Kinder erzieht, dem Hausherrn seine Correspondenz führt, ihn oft auch mit seinem Rathe unterstützt, und nebenbei sieht er auch darauf, daß im Hause Alles gemäß den religiösen Vorschriften vor sich gehe. Hat der Sosta seinen Lebensunterhalt gefunden, so kann er sich ruhig dem Studium ergeben.

Da an den Medressen Lehr- und Lernfreiheit existirt und von einer Schulordnung, wenigstens in europäischem Sinne, fast gar keine Rede ist, so ist es jedem Professor gestattet, die Stunden, in denen er seine Vorlesungen hält, nach Belieben festzusetzen, ebenso auch die Anzahl derselben, und dem Studirenden steht es wieder frei, so oft in der Woche seine Lehrer und seine Fachstudien zu wechseln, als es nur Tage in derselben giebt. Ueberhaupt kennt man in den Medressen gar nicht die Stundeneinteilung, und die Vorträge dauern daselbst manchmal auch zwei oder drei Stunden lang einander, je nachdem die Lehrbegierde des Professors ist, da derselbe bei seinen Vorträgen nicht so sehr auf sein Gehalt, als auf den Lohn sieht, der ihm im Himmel für die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflicht und für sein Bemühen, seine Hörer zu gottesfürchtigen und gelehrten Moslems heranzubilden, erwartet. Auch würde es kein Sosta wagen, mitten in der Vorlesung wegzugehen oder gar ein Anzeichen von Langeweile dabei sehen zu lassen, da dieses ein Vergehen gegen den Anstand und auch gegen den Himmel wäre. Beim Vortrage sitzt der Professor oben an der Spitze des Saales auf einem niedrigen Divan, während seine Schüler auf Teppichen oder Thierfellen sitzen. Dispute mitten im Vortrage sind gestattet, und es sieht sogar der Professor sehr gern, wenn seine Schüler über den eben vorgetragenen Abschnitt einen Disput mit ihm oder unter sich anfangen. Hat der Sosta nun eine Anzahl von Jahren an der Medresse verlebt und seinen Wissensschatz gehörig vermehrt, so sagt er an einem ihm beliebigen Tage den Büchern Lebewohl und tritt in das öffentliche Leben

ein. Einer Abgangsprüfung braucht er sich gar nicht zu unterziehen, sich auch nicht um Abiturientenzugnisse zu bewerben, sondern jeder Professor giebt ihm eine Schrift, worin er den Fleiß und die Frömmigkeit seines Schülers während der Zeit, als er seine Vorträge angehört hat, schildert und ihn so weiter empfiehlt. Gewöhnlich aber erhält so ein Abiturient nach Vollendung seiner Studien eine Regierungsanstellung, und zwar wird er entweder als Imam (Prediger) in einer Moschee oder als Mollah (Priester), oder als Mufti (Gefehausleger, Notar, Advocat), oder als Kadhi (Richter) angestellt. Bewirbt er sich um eine geistliche Anstellung, so hat er sich dem Scheich-ul-Islam (Oberhaupt des Islam), der hier seine Residenz hat, oder irgend einem Kadhi-Mollah (Seelfürger und Richter einer Provinz) vorzustellen, der ihn dann prüft, ob er für dieses geistliche Amt auch das nöthige Wissen besitzt, als: Kenntniß des Korans und seiner schon erwähnten Auslegung, der arabischen und der Landessprache, und der Grammatik derselben, der Biographie des Propheten, einige Partien aus der Philosophie, des Commentars des Avicenna zu den Werken Aristos (Aristoteles). Wird der Candidat als noch nicht reif für eine von ihm gewünschte Anstellung gefunden, so wird er indessen zu einem „Naib“ (Vertretungsbeamter) ernannt und kann er sich während seiner Thätigkeit als solcher für eine zweite Prüfung vorbereiten. Gehört er nun dem Stande der Muftis oder Kadhis an, so ist er ein Ulema (Staatsweiser) und darf sich auch schon erlauben, beim Regieren des Staates ein Wortchen mit drein zu reden. Die Imams (Prediger) und Mollahs (Priester) jedoch gehören nicht zum Stand der Ulemas. Der höchste unter den Muftis ist der Mufti el Kebir (Großmufti), der auch den Titel eines Scheich ul-Islam (Oberhaupt des Islam) führt. Diese Stelle hat das eine Gute, daß ihr Inhaber nicht zum Tode verurtheilt werden kann.

Concert.

Das Concert der schwedischen Quartett-sänger im Schützenhause befriedigte in hohem Grade und ließ nur bedauern, daß es in eine Jahreszeit fiel, welche hier den Besuch von künft-

lerischen Productionen in geschlossenem Raume nichts weniger als begünstigt. Trotzdem hatte der günstige Ruf der Sänger ein den Umständen nach ziemlich zahlreiches Auditorium herbeigezogen, das den vortrefflichen Leistungen mit voller Hingabe folgte und den wärmsten Beifall spendete. Zunächst festsetzte an diesem Stimmen-Ensemble das vorzügliche, den reinsten, edelsten Wohlklang athmende Klangmaterial, dann aber dessen kunstschöne Verwendung in Bezug auf harmonisches Zusammenwirken, auf musterhafte Intonation und seine Nuancirung des Vortrages. Ueberhaupt beherrschte dieses schwedische Sertett die Technik des Quartettgesanges in einer selten vollkommenen Weise. Die Stimmen sprechen leicht und mühelos an, sei es im getragenen Gesange, sei es im beweglichen Tonspiel, wie es sich in den humoristischen Compositionen des schwedischen Volksdichters und Componisten Bellmann besonders frappant kundgiebt. Immer wird das Ohr durch absoluten Wohlklang gefesselt und durch eine nimmer fehlende Präcision des Ensembles. Für den Quartettgesang haben diese schwedischen Sänger zwei Stimmen über den gewöhnlichen Stat, aber die zeitweise Verdoppelung des ersten Tenors und des zweiten Basses wird mit solcher Discretion ausgeübt, daß das richtige Verhältnis der Stimmen zu einander niemals getrübt erscheint. Im Gegentheil gewinnt namentlich der tiefe Bass einen prächtigen Klang und ein schön füllendes Fundament der Harmonie. Als Solostimme zeichnete sich ganz besonders ein voller, sonorer Bariton aus in einem Liede: „Der Stern“ von Wetterling und in einer sehr gefühlvollen Serenade von A. Edgren, dem talentvollen Dirigenten der Sänger. Aber auch das Tenorsolo in dem Söderberg'schen „Des Vogels Lied“ machte sich volle Ehre. Die Kürze der Zeit gestattete für diesmal kein näheres Eingehen auf die ganz vortrefflichen Leistungen des nordischen Quartetts, welches mehrere Nummern des Programms Da capo zu singen sich veranlaßt fand, in Folge des rauschenden Beifalls. Ein zweites und letztes Concert, das morgen im Schützenhause stattfindet, wird voraussichtlich sehr zahlreich besucht werden. Ein seltener und schöner Genuß darf den Besuchern desselben mit Sicherheit versprochen werden. M.

Das Haus erledigt ohne Debatte die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Veranlagung und Erhebung der directen Staatssteuern nach dem Etatsjahre.

Zweite Lesung der Vorlage betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den 6 bftlichen Provinzen.

Referent Abg. Ricker erklärt, daß die Commission mit Rücksicht auf die eingehende Beratung des Gesetzentwurfs im Herrenhause ausschließlich nur auf den § 8 eingegangen sei. Mit der Tendenz des Gesetzes stimme sie vollständig überein und empfehle daher die Annahme der Vorlage.

§ 2 bestimmt, daß die Benutzung und Bewirtschaftung der Holzungen, welche der Oberaufsicht des Staates unterliegen, sich innerhalb der Grenzen der Nachhaltigkeit bewegen müsse. — Abg. Frhr. v. d. Red erklärt sich gegen diese Bestimmung, weil der Begriff der Nachhaltigkeit sehr dehnbar sei. Er empfiehlt deshalb, die Schwäche des bemängelten Ausdrucks durch eine ministerielle Instruktion zu verbessern. — Abg. Schmidt (Stettin): Es besetze die Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft in der Ausgleitung zwischen der Nutzung und dem Zuwachse des Waldes, und dürfe man sich nicht auf das Gebiet der Casuistik begeben, um diesen Begriff zu bemängeln. Eine ministerielle Instruktion dürfe unter keinen Umständen das Gesetz in seinem Geiste verändern. — § 2 wird angenommen.

§ 8 lautet in der Regierungsvorlage: „Die Gemeinden sind verpflichtet, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit uncultivierte Grundstücke, welche nach sachverständigem Gutachten zu dauernder Benutzung als Acker oder Wiese nicht geeignet, dagegen mit Nutzen zur Holzucht zu verwenden sind, mit Holz anzubauen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung können die Gemeinden nach Anhörung ihrer Vertreter und des Kreisamtschusses durch Beschluß des Bezirksraths angehalten werden.“ Die Commission schlägt dagegen zwei Paragraphen in folgender Fassung vor: § 8. „Die Gemeinden sind verpflichtet, da, wo ihre Kräfte es gestatten und ein dringendes Bedürfnis der Landeskultur dazu vorliegt, uncultivierte Grundstücke, welche nach sachverständigem Gutachten zu dauernder landwirtschaftlicher oder gewerblicher Nutzung nicht geeignet, dagegen mit Nutzen zur Holzucht zu verwenden sind, mit Holz anzubauen. Zur Erfüllung dieser Verpflichtung können die Gemeinden nach Anhörung ihrer Vertreter und des Kreisamtschusses durch Beschluß des Bezirksraths angehalten werden. Die Dedung und Aufforstung der Meeresdünen kann auf Grund dieses Gesetzes nicht gefordert werden.“ § 8a. „In den Fällen, in welchen die Kräfte der Gemeinden es nicht gestatten, die im Interesse der Landeskultur vorzunehmenden Aufforderungen uncultivierter Grundstücke aus eigenen Mitteln auszuführen, wird denselben aus der Staatskasse nach Maßgabe der im Staatshaushaltsetat angelegten Mittel zu diesem Zwecke eine angemessene Beihilfe gewährt. Gemeinden, welche auf Grund der im § 8 enthaltenen Verpflichtung, Holzculturen nach forstwirtschaftlichen Regeln auszuführen, den zwanzigfachen Betrag der auf den betreffenden Grundstücken ruhenden Jahressteuer zu den Kosten der ersten Anlage aus der Staatskasse zu überweisen.“

Verichterstatte Abg. Ricker: In dem vorliegenden § 8 ist die sedes materiae der Vorlage zu suchen. Von allen Seiten wurde in der Commission die Nothwendigkeit anerkannt, der in der letzten Zeit immer mehr wachsenden Entwaldung endlich einmal Einhalt zu thun. In den Motiven der Regierung ist festgestellt, daß die Gemeindeförderung seit dem Jahre 1850 um 100.000 Morgen abgenommen haben; ähnliche Zahlen ergeben sich für die ländlichen Forsten. Nach statistischer Ermittlung hat sich in Preußen der Privat- und Communalwald seit 1805 um 1/2 bis 1 Mill. Morgen vermindert. Es ist somit dringende Pflicht der Gesetzgebung, einzuschreiten, und die Commission hält den Weg, welchen die Regierung eingeschlagen hat, für einen durchaus richtigen, nämlich den, anbrauchbare öde Bodenstrecken anzukaufen und anzuforsten oder anzuweisen zu lassen. Nach einer statistischen Angabe befinden sich in den acht älteren Provinzen Preußens über eine halbe Mill. Morgen oder Flächen, welche sich vertheilen nach den Provinzen vertheilen, so jedoch, daß der größte Theil auf Preußen und Pommern fällt. Wie soll nun das Unforstet für sich gehen? Schon bei der ersten Lesung wurde darauf hingewiesen, daß man nicht zu tief in das Privat-Eigenthum eingreifen, andererseits Privaten und kleineren Gemeinden nicht zu große Lasten auferlegen dürfe. Die Commission war daher der Ansicht, daß der größere leistungsfähige Verband hier eintreten müsse, und zwar in erster Linie die Provinz, in zweiter Linie der Staat. Die Commission hat sich bestraft, das Gesetz in der Weise einzuschreiben, daß ein gewisser Schatz für die Gemeinde geschaffen wird. Diese Beschränkungen bestehen darin, daß bestimmt wurde, daß nur solche öde Flächen anzuforsten seien, bei denen die Nothwendigkeit im Landesinteresse vorliegt, ferner, daß nur solche uncultivierte Flächen beforstet werden sollten, welche weder zu landwirtschaftlichen noch gewerblichen Zwecken nutzbar sind, und endlich, daß die kostspielige Aufforstung der Meeresdünen als eine zu große Last nicht gefordert werden kann. Nun wird man bei dem Paragraphen fragen, welche Gemeinde denn überhaupt als leistungsfähig zu betrachten sei. In der Commission wurden verschiedene darauf bezügliche Anträge gestellt; da die Majorität jedoch in Erwägung zog, daß sie schwerlich überhaupt eine Norm aufstellen lassen würde, verzichtete sie darauf, eine derartige Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, und überließ diese Frage dem arbitären Ermessen der entscheidenden Behörde. Was den hinzugefügten § 8a anbelangt, so ist diese Bestimmung, die dem Bedürfnis des ganzen Landes entspricht, aus dem Rheinlande binübergenommen. Wir bewilligen Millionen für Eisenbahnen, da könnten wir auch einmal 1/2 Million extraordinär für Aufforstungen bewilligen. Denn auch das ist eine sehr wichtige Culturarbeit. Ich erwähne schließlich noch einen Antrag, welcher in der Commission dahin gestellt wurde, nicht allein die Gemeinden zur Aufforstung zu verpflichten, sondern auch die Kirchen, Klöster, Rittergüter, sonstigen geistlichen Instituten, öffentlichen Schulen, höheren Unterricht- und Erziehungsanstalten, frommen und milden Stiftungen und Wohlthätigkeitsanstalten. Die Commission lehnte jedoch diesen Antrag ab in der Erwägung, daß, wenn man den vorerwähnten Anstalten die Last der Aufforstung auferlege, man dies auch den Privaten gegenüber thun müßte.

Der Reg.-Comm. Landrath Ulrici erklärt sich gegen den eingefügten § 8a, weil durch denselben eine Unklarheit in das Gesetz hineingebracht würde und man erwarten könne, daß den Intentionen des Gesetzes durch die Fassung des § 8 schon entsprochen würde.

Abg. Witt richtet an die Staatsregierung die Aufforderung, in ausgedehnter Weise öde Flächen anzukaufen und dadurch den Gemeinden mehr als bisher die Last der Aufforstung abzunehmen.

Abg. Schmidt (Stettin): Der § 8a ist durch den Zusatz „in Fällen, in welchen die Kräfte der Gemeinden

es nicht gestatten“ schon abgeschwächt; noch bedenklicher erscheint es, später einen beim Oberverwaltungsgericht geltend zu machen Rechtsanspruch zu erheben. Die Etatsmittel sind für die Aufforstung und den Ankauf von Ländereien zwar allmählich gewachsen, aber verhältnismäßig noch gering. Es sind sogar auf unwirtschaftliche Weise von Privaten Holzungen in der Erwartung abgelassen, um den sterilen Boden nach der Desaffurung des Waldes dem Forstfiscus anzubieten. Die Befreiung von der Grundsteuer für die aufzuforstenden Grundstücke macht mehr einen moralischen als finanziellen Eindruck, ist aber insofern ansehnlich, als die Privaten auch bei Aufforstungen im Widerspruch mit dem bestehenden Gesetz die gleiche Befreiung in Anspruch nehmen würden.

Abg. v. Benda befragt seinen Antrag mit dem Hinweis auf das praktische Bedürfnis, das durch denselben befriedigt werde und das sich in einer langjährigen Praxis herausgestellt habe.

§ 8 wird schließlich unverändert nach den Commissionsvorschlügen, § 8a mit dem Antrag v. Benda angenommen.

§ 9 lautet: „Wenn ein Waldeigenthümer einer ihm nach §§ 22 bis 7 dieses Gesetzes obliegenden Verpflichtung trotz geförderter Aufforderung nicht nachkommt, so ist der Regierungspräsident befugt, die zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Handlungen durch einen Dritten ausführen zu lassen, den Betrag der Kosten vorläufig zu bestimmen und im Wege der Execution von dem Verpflichteten einzubehalten. Die gleiche Befugnis hat der Bezirksrath, wenn ein von ihm gemäß § 8 gefasster Beschluß trotz geförderter Aufforderung nicht zur Ausführung gebracht wird.“ — Abg. Schellwitz wünscht im Abg. 1 hinter „befugt“ einzufügen: „seiner Verfügungen durch Festsetzung von Geldstrafen bis zum Betrage von 300 Mtl. Geltung zu verschaffen oder“. — Abg. Hänel beantragt, den zweiten Absatz zu streichen. Er weist darauf hin, daß durch denselben kein Bedürfnis vorliege, auch dem Bezirksrath ein Executivrecht zu verleihen. Dies sei prinzipiell richtig. Die bestehenden allgemeinen Rechtsvorschriften reichten überdies für das praktische Bedürfnis vollkommen aus. Den Antrag Schellwitz bittet Redner abzulehnen, da es sich nicht empfehle, dem Regierungspräsidenten ein Executivrecht freizugeben, das er bis jetzt nicht habe.

Minister Friedenthal hat gegen den Antrag Schellwitz nichts einzuwenden, erklärt sich aber gegen die beantragte Streichung des Absatzes 2. Es sei durchaus zweckmäßig und keineswegs prinzipiell, auch dem Bezirksrath ein Executivrecht zu verleihen. — Der Antrag Schellwitz wird abgelehnt, und der § 9 nach dem Antrage des Dr. Hänel unter Streichung des zweiten Absatzes angenommen.

§ 10 lautet: „Gegen die auf Grund dieses Gesetzes von dem Regierungspräsidenten erlassenen Verfügungen und gegen die gemäß §§ 8 und 9 gefassten Beschlüsse des Bezirksraths ist innerhalb einer Präclusivfrist von 21 Tagen die Beschwerde an den Provinzialrath zulässig.“ Statt dessen beantragen die Abgg. Hänel u. Gen. folgende Fassung: „Gegen die auf Grund der §§ 2 bis 7 und § 9 von dem Regierungspräsidenten erlassenen Verfügungen findet nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichtsbehörden, Beschwerde an den Oberpräsidenten oder Klage statt. Zuständig ist für die Klage gegen die Verfügungen des Regierungspräsidenten das Bezirksverwaltungsgericht, für die Klage gegen den auf Beschwerde ergangenen Bescheid des Oberpräsidenten das Oberverwaltungsgericht.“ — Abg. Hänel: Unser Antrag bezweckt, die im Competenzgesetz fälschlich von uns angenommenen Bestimmungen auf dieses Gesetz anzuwenden. — Minister Friedenthal hält die Uebertragung des Verwaltungsstreitverfahrens auf die communale Aufsicht für der Natur dieses Gesetzes nicht entsprechend, und bittet deshalb, den Antrag abzulehnen. — Gleichwohl wird der § 10 in der Fassung des Amendements angenommen. Ebenso ohne Discussion die §§ 11 und 12 mit folgendem, durch den vorangegangenen Beschluß bedingten Zusatz des Abg. Hänel: „Gegen die Verfügungen des Regierungspräsidenten findet nur die Beschwerde an den Oberpräsidenten und gegen dessen Bescheid die Klage bei dem Oberverwaltungsgericht statt.“ — Der Rest des Gesetzes wird unverändert genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Dedung der für die Weiterführung und Vollendung der Hebra-Friedländer Eisenbahn erforderlichen Geldmittel. — Referent Abg. Berger befragt den Antrag der Budget-Commission, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. — Nachdem auf eine Anfrage des Abg. Dobrn, ob noch für andere Eisenbahn-Finanzgesetze Nachforderungen zu erwarten seien, der Ministerialdirector Weishaupt versichert hat, daß derartige nachträgliche Bewilligungen nirgends in Aussicht stehen, wird das Gesetz unverändert angenommen.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf wegen Ergänzung der Verordnung vom 13. Mai 1867, betr. die Ablösung der Servituten, die Theilung der Gemeinheiten und die Zusammenlegung der Grundstücke für das vormalige Kurfürstenthum Hessen in der von dem Abg. Bähr (Kassel) amendierten Form, welcher der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten beistimmt, angenommen. — Ebenso wird in dritter Beratung der Gesetzentwurf betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Kassel, ausschließlich der zu denselben gehörigen vormalig großherzoglich hessischen Gebietsheile mit mehreren von dem Abg. Schellwitz gestellten Anträgen, welche eine Consequenz der vorangegangenen Beschlüsse zu dem soeben angenommenen Gesetze sind, vom Hause genehmigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Synodalordnungs-Gesetzes.

Cultusminister Falk: Sie wissen, daß und warum es der Regierung von ganz hervorragender Bedeutung ist, daß dieser Gesetzentwurf in der laufenden Session zu einem Abschluß kommt. Die Regierung hat diesen Standpunkt gegenüber dem anderen Hause in der Weise zur Geltung gebracht, daß sie dort überall, wo es ihr möglich war, für die Beschlüsse dieses Hauses eingetreten ist. Dieses Streben ist nicht überall von Erfolg gewesen; dennoch aber glaubt die Regierung ebenso berechtigt wie verpflichtet zu sein, Ihnen auf das Dringendste die unveränderte Annahme der Beschlüsse des Herrenhauses zu empfehlen. Sie rechtfertigt diese ihre Bitte durch die Schwierigkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen unserer parlamentarischen Trägheit Meinungsdivergenzen noch zum Ausgleich zu bringen, welche ohne jede wesentliche Bedeutung sind. Das Herrenhaus hat eine Reihe tief einschneidender Änderungen seiner Commission in die Beschlüsse dieses Hauses abgelehnt, und ist auch bei den angenommenen Änderungen stets von dem Gesichtspunkt geleitet gewesen, seine Beschlüsse so zu fassen, daß der Majorität dieses Hauses ihre Annahme nicht unmöglich gemacht wird. Was die erste dieser hauptsächlichsten Änderungen betrifft: in Art. 8 bei der Uebernahme des Satzes von 3 Prozent der Umlagen, anstatt der Genehmigung durch ein Staatsgesetz, die des Staatsministeriums eintreten zu lassen, so ist es deshalb von keiner prinzipiellen Bedeutung, weil es sich hier um einen ganz speciellen und beschränkten Zweck der Steuern, nämlich den für Armenunterstützung, handelt, während für alle übrigen Kirchensätze der Schutz durch ein Staatsgesetz in Art. 16 in ausreichendem Maße gewährt wird. Die zweite Änderung, die Streichung der Bestimmung, welche den Kreisynoden von Berlin die Aufnahme von Anleihen untersagt, ist um deshalb gerechtfertigt, weil diese Bestimmung eine

practische Bedeutung gar nicht hat; denn der betreffende Artikel selbst setzt fest, in wie weit diese Synoden vermögensrechtlich verhandlungsfähig seien, und sie können daher gar nicht in die Lage kommen, mit der Aufnahme von Anleihen gesetzlich befaßt zu werden. Die dritte Änderung ist die Streichung des Art. 24, welcher den Organen der Landeskirche die Mitwirkung bei der Anstellung der theologischen Professoren abspricht. Ich kann hier nur wiederholt erklären, daß eine solche Bestimmung in diesem Gesetze durchaus nicht am Platze ist, und daß sie an richtiger Stelle erst geregelt werden kann in dem Unterrichtsgesetz. Es liegt somit thatsächlich für das Abgeordnetenhaus kein Grund vor, um dieser untergeordneten Differenzpunkte willen das Gesetz nochmals an das Herrenhaus zurückgehen zu lassen.

Abg. Richter (Sangerhausen) ist mit dem Cultusminister darin einverstanden, daß alle vom anderen Hause beschlossenen Änderungen mit Ausnahme eines einzigen Punktes einen prinzipiellen Gegenatz gegen die früheren Beschlüsse des Hauses nicht bilden. Nur in der Streichung des Passus in dem Art. 8, in welchem den Kreisynoden Berlins die Aufnahme von Anleihen untersagt wird, wäre eine sachliche Differenz hervorgetreten. Die Kreisynoden hätten kein selbstständiges Befugnisrecht, sondern seien eigentlich nur Reparationsorgane. Schon hierin habe man den vereinigten Kreisynoden Berlins eine Ausnahmestellung gegeben und wenn man nun noch durch die vom anderen Hause vorgenommene Streichung den ganzen Rahmen der Steuerfrage durchbrechen, so sei das prinzipiell durchaus nicht zu rechtfertigen. Praktisch sei allerdings darin ein Correctiv gegeben, daß die vereinigten Kreisynoden Berlins lediglich für ihre eigenen Zwecke sich befähigen, und übrigens die gesetzliche Regelung der provinziellen Verhältnisse Berlins bald bevorstehe. Deshalb sei er angeschlossen, an diesen prinzipiellen Bedenken keinen Grund zur Ablehnung der Vorlage zu nehmen.

Abg. Rörke erklärt Namens seiner politischen Freunde, daß, wenn die vom anderen Hause vorgenommene Streichung der Bestimmung, wonach den kirchlichen Organen ein Recht der Mitwirkung bei Anstellung der Professoren an den evangelisch-theologischen Facultäten der Landes-Universitäten und der Directoren der Lehrerseminarien nicht zusteht, aufrecht erhalten würde, ihr politisches und protestantisches Gewissen sie verpflichten würde, gegen das Gesetz zu stimmen.

In der Specialdebatte werden alle Paragraphen der Vorlage ohne Debatte unverändert nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen und drei Anträge der Abg. Birchow und Klotz (Berlin) auf Wiederherstellung der früheren Beschlüsse des Hauses in den drei erwähnten Punkten abgelehnt. — Darauf wird die Vorlage im Ganzen definitiv genehmigt. (Der gegenstimmende Fortschrittspartei, das Centrum und die Polen.)

Schließlich wird der Gesetzentwurf betreffend die Auflösung des Lehnverbandes der in dem Herzogthum Schleien, der Grafschaft Glaz und dem preussischen Markgrafenbium Oberlausitz belegenen Lehne in erster und zweiter Beratung genehmigt. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Danig, 31. Mai.

Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses ließ schon stark die Spuren der Ueberarbeitung erkennen, der sich das Haus in den letzten Tagen mit der Städteordnung unterzogen hat. Auch die Abgeordneten verlieren den Muth zu weiteren Sisyphusarbeiten, nachdem das andere Haus das Herabrollen der Arbeitslast, wenn auch nicht „hurtig mit Donnergepolter“, sondern in aller Stille in schlaftrigem Absterben befocht hat. Das Haus zeigte gestern auch schon zahlreiche Lücken. Und doch standen sehr wichtige Dinge auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf über die Verwaltung der Gemeindeforderungen ist vielleicht für keine andere Provinz von so eminenter Wichtigkeit, wie für Ost- und Westpreußen; er wird uns hoffentlich in der Aufforstung uncultivierter Flächen ein Stück weiter bringen. Den früheren Befürchtungen des Referenten Ricker, daß einzelne Gemeinden durch das Gesetz, wie es aus dem Herrenhause hervorging, zu stark belastet werden würden, ist durch die Commissionsvorschlüge, welche meist zur Annahme gelangten, nach Möglichkeit abgeholfen worden. Staat und Provinz müssen hier anregend und helfend eintreten; denn auch dabei ist eine sehr wichtige Culturarbeit zu verrichten. Es werden viele Millionen von Thalern für Eisenbahnen bewilligt; warum sollte nicht auch einmal eine halbe Million im Extraordinarium für Aufforstungen bewilligt werden? Wenn richtig angewandt, ist dies erst recht eine productive Anlage.

Der Cultusminister Falk setzte gestern alle seine Kraft daran, dem Abgeordnetenhaus die vom Herrenhause beliebten Änderungen des Synodalordnungs-Gesetzes plausibel zu machen. Er wußte von vornherein, daß in den meisten Punkten die Mehrheit nachzugeben gewillt war; im Grunde drehte sich der Streit nur noch um die Frage, ob eine Ueberschreitung der den vereinigten Kreis-Synoden Berlin's in Art. 8 gewährten Befugnisse durch Staatsgesetz, wie das Abgeordnetenhaus, oder bloß durch das Staatsministerium, wie das Herrenhaus wollte, genehmigt werden sollte. Der Minister suchte denn auch hauptsächlich in diesem Punkte die Befürchtungen des Abgeordnetenhauses zu beschwichtigen. Und es gelang ihm; denn das Gesetz wurde, nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Richter-Sangerhausen und Rörke, in der Fassung des Herrenhauses unter Ablehnung aller Wiederherstellungsamendements angenommen.

Heute wird wohl das Abgeordnetenhaus, nachdem noch die dritte Beratung der Städteordnung, wenn nöthig mit Zuhilfenahme einer Abend-sitzung, durchgeführt ist, Ferien machen. Die liberale Majorität will, wenn die Session zum großen Theile resultatlos verlaufen sollte, wenigstens ihr Gewissen salbiren und zeigen, daß dies nicht an ihr gelegen. Daß die Städteordnung noch zu Stande kommen wird, glaubt kein Mensch mehr. Das Herrenhaus hat zu deutlich seinen Willen zu erkennen gegeben, sie zu Falle zu bringen, und die Macht dazu hat es ja.

Das lange Kreizen der verschiedenen conservativen Gruppen hat schon die bekannte Maus zu Tage gefördert. Eine Einigung über ein bestimmtes Programm hat nicht stattgefunden, jede Gruppe arbeitet für sich, man ist nur übereingekommen, sich bei den Wahlen nicht gegenseitig zu bekämpfen, sondern dem conservativen Candidaten, welcher die meisten Chancen für sich hat, zuzustimmen. Es ist dies nur eine Maus, aber doch etwas. Sehr viel ist es aber, wenn es durchgeführt wird, vergleicht man dagegen das Verhalten mancher mit Blindheit geschlagenen Liberalen. Das zeigte sich so eben bei der Wahl im Wahlkreise Pyritz-Saazig (Pomm. Stargardt). Dort creiren immer die liberalen Stargardter einen eigenen Candidaten,

die liberalen Pyritzer ebenfalls, und die Pyritzer kämpfen gegen die Stargardter mit einer Wuth, die eher dem conservativen Gegen-Candidaten, als dem Stargardter Liberalen den Sieg gönnt. Bei der jetzigen Ergänzungs-Wahl wurde auf einer Versammlung in Stargardt der Gymnasiallehrer Dr. Ruhnke aufgestellt, der bis zu seinem 30. Jahre practischer Landwirth war und dann, der Neigung zu seinen Studien folgend, zum Lehrfache überging, in dem er nun 11 Jahre wirkt. Der paßte aber den Pyritzern nicht, keineswegs abweichender Grundfäße wegen, sondern weil ihnen die Person antipathisch war. Sie stellten einen aparten Gegencandidaten in einem Kreisgerichtsrath Freyer auf. Im ersten Wahlgange hatten beide liberale Candidaten zusammen die Majorität, Ruhnke 124, Freyer 23, der Conservative v. Schöning 140 Stimmen. Nun hätte man glauben sollen, würden doch die 23 für Freyer Stimmenden so viel Selbstverleugnung besitzen, um dem Candidaten der gleichen Parteifarbe zum Siege zu verhelfen. Ueberall wäre dies selbstverständlich, ja Pflicht eines liberalen Wahlmannes gewesen, aber die Pyritzer kehren sich nicht an derartige Gebote der Parteitactik. Konnten sie ihren liberalen Candidaten nicht durchbringen, so sollte der andere liberale Candidat auch nicht gewählt werden: die 23 Herren nahmen ihren Hut und gingen nach Hause, worauf denn v. Schöning Sieger blieb. Bei den letzten Wahlen im November 1873 wollten die Pyritzer Liberalen durchaus ihren Bürgermeister Riethe gewählt haben; die Conservativen sagten ihnen, wenn die Pyritzer im ersten Wahlgange für den Conservativen v. Wedell-Behlingsdorf stimmen würden, so würden die Conservativen im zweiten ihren Bürgermeister durchbringen helfen. Die Pyritzer halfen denn auch v. Wedell zum Siege und ihren Stargardter Gesinnungsgegnern zur Niederlage, im zweiten Wahlgange hielten aber die Conservativen ihr Versprechen nicht, und dennoch haben die Pyritzer bis heute noch nichts gelernt. Leute, welche den Candidaten ihrer Partei zu Falle bringen, wenn ihnen dessen Nase nicht gefällt, sind viel schlimmer, als offene Gegner.

Die Agitationen zu den nächsten Wahlen werden bis jetzt nur von den Schutzöllnern, den Socialdemokraten und den Agrariern mit Eifer geführt. Die Letzteren lassen keine Maßlieb-Ausstellung oder ähnliche günstige Gelegenheit vorbegehen, ohne eine Versammlung auszusprechen, in der sie ihre Berufsgenossen einzufangen versuchen. In Stettin zählte die Versammlung am Sonnabend nach den eigenen Berichten etwa 100 Mann, man hat dabei auch glücklicherweise interessanten Stettiner Tischlermeister, Namens Piest, als Parteigenossen erworben. In Berlin hat jüngst eine zweite Agitationsversammlung stattgefunden, auch nach Breslau wird nach der jüngsten verkehrten heute schon eine zweite ausgeschrieben. Wie es scheint, wird auch in Westpreußen nachstens der „eisenbeschlagene Tritt“ der Agrarier erdröhnen. Wie wir nämlich aus Provinzialblättern erfahren, haben mehrere conservative Großgrundbesitzer des aristokratischen Rosenberger Kreises, darunter die H. v. Auerwald-Saulen, v. Alt-Stutterheim auf Peterlau, einen Aufruf zur Organisation der Steuer- und Wirtschaftsreformen erlassen.

In der erwähnten Versammlung zu Stettin hat Niendorf mit der ihm eigenen Urbanität die heftigsten Invektiven gegen die heutige Majorität des Abgeordnetenhauses geschleudert, weil die Petitionskommission desselben über Forderungen wegen der angeblichen Doppelbesteuerung des Grundbesitzes beharrlich den Uebergang zur Tagesordnung beantragte. Man beliebt die Sache so darzustellen, als wäre diese Majorität, sei es aus doctrinärem Vorurtheil, sei es aus egoistischem Interesse, zu einer unbefangenen Würdigung der Vorstellungen der Petenten gar nicht im Stande, als fertige sie alle derartigen Vitrifischen nach einer einmal feststehenden Schablone a limine ab. Die „Nat.-Lib. Corr.“ sagt dazu: „Dieser Vorwurf entbehrt jeglicher Begründung. Man kann unberechtigte Forderungen, wenn sie zum hundertsten Male aufgestellt werden, zum hundertsten Male immer nur wieder mit den gleichen Gründen zurückweisen. Soweit aber die Forderungen mit irgendwie berechtigten Motiven unterstützt sind, ist man auch im heutigen Abgeordnetenhaus weit entfernt, sich denselben zu verschließen. Ein so eben vertheilter Bericht der Petitionskommission, den die Abgg. v. Goldbus und Dr. Rapp über eine einschlägige Petition aus Hannover erstattet haben, liefert hierfür den besten Beweis. Ein Hauptgewicht wird in dieser Petition auf die Beschwerde gelegt, daß gegen die Grundeigenthümer und auch, wenn gleich nicht in demselben Grade, gegen die Gewerbetreibenden, die Capitalisten besonders begünstigt erscheinen, indem von diesen an den Staat nur die Klassen- resp. Einkommensteuer entrichtet werde. Dem gegenüber wird in dem Bericht bemerkt: „Es muß nun zwar als richtig anerkannt werden, daß zu einem ganz vollständigen Systeme von Ertragssteuern unbedingt auch eine Capital- oder eine Capitalrentensteuer gehört; es ist auch eine solche schon wiederholt in Anregung gebracht worden, aber man hat hier die Besorgnis gehegt, daß fortan die inländischen Capitalisten ihre Capitalien lieber in ausländischen Effecten u. s. w. anlegen und die auswärtigen Capitalisten den Ankauf dieser Capitalien vermeiden würden; mithin die Concurrenz flüssiger Capitalien vermindert, und damit der Zinsfuß gegen das Interesse der Grundeigenthümer und Gewerbetreibenden selbst erhöht, die Steuer also im Grunde auf diese Letzteren überwältigt werden würde.“ Doch ist es immerhin möglich, daß diese Bedenken in Zukunft der Idee einer gerechten und darum gleichmäßig auf alle Vermögensobjecte auszudehnenden Ertragsbesteuerung werden weichen müssen — falls nicht bis dahin das System der indirecten Steuern über die jetzt vorwiegend directe Besteuerung die Oberhand gewonnen haben sollte. Vorbedingung für die erfolgreiche Einführung einer derartigen Capital- oder Capitalrentensteuer würde jedoch immer zunächst die Vereinigung aller deutschen Staaten zur Einführung einer solchen, und zwar von möglichst gleicher Höhe sein.“ — Hieraus geht klar hervor, daß das berechtigte Moment in den Ausführungen der Petenten durchaus nicht verkannt wird. Aber die verlangte Reform bedeutet nichts Geringeres als eine radicale Umänderung des be-

stehenden Steuersystems, d. h. eine den Lebensnerv des Staats unmittelbar berührende Frage, eine Frage, die nur gelöst werden kann im Zusammenhange mit dem Problem der Reichssteuer. Man weiß aber, wie überaus schwierige und verwickelte Controversen gerade auf diesem letzteren Gebiete bestehen, Controversen, welche noch längst nicht spruchreif sind. Unter diesen Umständen bedeutet ein Antrag im preussischen Landtag auf Uebergang zur Tagesordnung durchaus nicht eine principielle Zurückweisung der Steuerreform, sondern lediglich ein Non liquet über die Art und Weise ihrer Ausführung mit anderen Worten: eine bloße Vertagung der Angelegenheit. Damit ist aber den händlichen Angriffen von agrarischer Seite die Spitze abgebrochen."

Die Art und Weise, wie die Entthronung Abdul Azis' vor sich gegangen, ist nach den bisherigen Mittheilungen noch nicht aufgeklärt. Der "einstimmige Wunsch der Bevölkerung" ist natürlich nur offizielle Floskel; der Hauptact hat innerhalb des Palastes stattgefunden. Ob die Sultans die Hauptacteurs waren oder wer sonst, ob Murad nur Werkzeug oder Triebfeder der Palastrevolution war, ist vorläufig noch nicht festzustellen. Der wahnsinnige Abdul Azis wird natürlich gegen die ihn Ueberfallenden gekämpft haben, und daß man ihn, wie ein eben einlaufendes Wiener Telegramm meldet, erschossen hat, kann bei seinem Widerstand erfolgt, aber auch eine Maßregel der Klugheit sein, um zu verhindern, daß er zum Werkzeug einer andern Partei bei künftigen Revolutionen gebraucht wird. Die Erdrosselung ist ja in der Türkei seit lange eine wenn auch nicht rechtliche, so doch factische Staatsinstitution. Abdul Azis war gleich seinem Vorgänger Abdul Medschid ein Sohn Mahmud's II., geboren am 9. Febr. 1830. Er folgte am 25. Juni 1861 seinem Bruder, weil nach dem osmanischen Hausgesetze nicht der Sohn, sondern immer der älteste Prinz der Nachfolger ist. Früher wurden die directen Nachkommen verstorbener Sultane, wenn der Nachfolger sie fürchtete, gewöhnlich der Sicherheit wegen erdrosselt. Mehmed Murad, dem Sohne Abdul Medschid's, geb. am 21. Septbr. 1840, widerfuhr dies nicht, weil die europäische Diplomatie zu scharf aufpaßte; doch wurde er scharf bewacht. Seit einigen Jahren trug sich Abdul Azis mit dem Plan, die osmanische Thronfolgeordnung umzustossen und seinem am 9. October 1857 geborenen Sohne Jusuf-Iszedin den Thron zu verschaffen. Der eifrige Förderer dieses Planes war der frühere Großvezier Mahmud Pascha; man sagt, der eigentliche Urheber des Planes sei General Ignatiow gewesen. Rußland habe die Türkei durch Thronfolgestreitigkeiten noch mehr erschüttern wollen. Seitdem schwelte Murad in noch größerer Gefahr. Er wird als ein intelligenter, junger Mann und als ein Freund abendländischer Bildung geschildert. Sicher fällt ihm die schwerste Aufgabe zu, zu deren Lösung eine Jahrelange klösterliche Abgeschlossenheit kaum die richtige Vorbildung gewährt. Ob die innere Auflösung der Türkei durch den Thronwechsel aufgehoben wird, ist noch nicht so ganz sicher.

Deutschland.

△ Berlin, 30. Mai. Der Bundesrath wird morgen Mittag 1 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen gutem Vernehmen nach nur unerhebliche Angelegenheiten. Es gehört da u. a. auch die Frage wegen Fortbestehens der öffentlichen Häuser in Hamburg etc. — Der Nachfolger des Präsidenten Delbrück, Minister Hofmann, war heute bereits im Reichsanzug zum Uebernahme der Geschäfte thätig. — Im Reichseisenbahnamt ist man mit dem Bericht an den Bundesrath über die Ergebnisse der Tarif-Enquete beschäftigt. In Anknüpfung daran wird eine Vorlage über die Regelung der Tariffrage bezw. Aufhebung der Differential-Tarife erscheinen. Ausschließlich zur Mitwirkung an diesen Arbeiten ist die Herberufung des früheren bayerischen Handelsministers Herrn von Schloer erfolgt.

* Aus Gibraltar wird berichtet: Das deutsche Panzergeschwader, aus 4 Schiffen bestehend, passirte ostwärts längs der maroccanischen Küste steuernd, am Donnerstag Abend zwischen 9 und 10 Uhr die Meerenge, ohne hier anzulegen.

Revelaer, 27. Mai. Gestern wurde die Ermithlung der sämtlichen Geistlichen und der ganzen Dienerschaft aus dem Kloster vollzogen.

Oesterreich-Ungarn.

Best, 29. Mai. In der heutigen Sitzung der Reichsraths-Delegation wurde das Ordinarium des Kriegsbudgets berathen. Nachdem Engertzen, Oppenheimer, Grocholski, Delz, Lienbacher und Scharfsmidt gegen die Anträge des Ausschusses betreffend die Abstriche durch Beurlaubungen oder spätere Einberufung der Rekruten und Sturm, Groß, Walterstirgen und Demel für dieselben gesprochen hatten, wird die Generaldebatte geschlossen. Alsdann ergriff Graf Andrássy das Wort, widerlegte in ausführlicher Rede die zu Gunsten der Heeresreduction vorgebrachten Gründe und trat entschieden für die Intactbelassung des bisherigen Normalbudgets ein. Der Minister hob hervor, daß die von der Regierung selbst für sehr dringend anerkannte Nothwendigkeit, die Kosten der Mannschaften zu verbessern, nur aus in der Finanzlage begründeten Ursachen im Budget unberücksichtigt gelassen sei und schloß, wenn die Unzulänglichkeit absolut nothwendig sei, so sei eine Abhilfe naheliegend, indem man den Steuerträgern gegenüber die Verantwortung übernimmt und die nothwendigen Summen als ein Plus votirt, nicht aber mit dem Hinweise darauf, daß es sich finden solle, ob der Kriegsminister die Verantwortung für die Schlagfertigkeit des Heeres übernehmen könne oder nicht. (W. T.)

— 30. Mai. In der heutigen Sitzung der Reichsraths-Delegation beantragte J. M. Kellner, zu Aufbesserung der Kost für die Militärmannschaften 1 600 000 fl. in das Budget pro 1877 einzustellen. Der Antrag wurde unterstützt und soll darüber bei der Specialdebatte verhandelt werden. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 28. Mai. Camille Perier, der ehemalige Minister des Innern und neben Thiers die einflußreichste Persönlichkeit der gegenwärtig am Ruder stehenden gemäßigt republikanischen Partei,

liegt im Sterben. Seit heute morgen hat er das Bewußtsein verloren, und seine ganze Familie, zu welcher als Schwager auch der Herzog von Audiffert-Pasquier gehört, ist an seinem Bette versammelt. Der Senat hat ferner zwei seiner Mitglieder verloren, den gemäßigten Republikaner Bernette, Vertreter des Departements Saône-et-Loire, und den Bonapartisten Bertrand, Vertreter des Contel. In dem letzteren Departement wird, da dasselbe nur zwei Repräsentanten im Senate zählt, nach der Verfassung binnen drei Monaten eine Neuwahl angedordnet werden müssen. — Wie man der "Liberte" aus Ems berichtet, hat der kaiserliche Prinz Ludwig Napoleon beim Kaiser von Rußland anfragen lassen, ob er ihm in dem Badeorte den Besuch erwidern dürfe, welchen Alexander II. der Kaiserin Eugenie, seiner Mutter, in Chiselhurst abgestattet hat. Der Czar hätte erwidert, daß er gegen diesen Höflichkeitsact nichts einzuwenden hätte, und der Prinz werde sich daher nächsten in Begleitung des Generals Fleury nach Ems begeben.

Versailles, 29. Mai. Sitzung der Deputirtenkammer. Naquet richtete mehrere Anträge in Betreff der ägyptischen Finanzverhältnisse an den Minister des Auswärtigen, Herzog v. Decazes, und hob hauptsächlich hervor, daß sich die Regierung enthalten müsse, den ägyptischen Werthen eine Art von moralischer Garantie zu gewähren. Zugleich ersuchte er den Minister um eine bündige Erklärung darüber, daß die zur Wahrung der Interessen von französischen Staatsangehörigen eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen irgend eine Verantwortlichkeit des französischen Staatschages nicht involvirten. Der Minister erwiderte, er glaube sich einer öffentlichen Discussion über die Zahlungsfähigkeit auswärtiger Regierungen enthalten zu sollen; was jedoch den Gegenstand der von Naquet gestellten speciellen Frage anbetreffe, so erkläre er, daß seitens der französischen Regierung ein officieller Delegirter nicht nach Aegypten geschickt worden sei, daß auf das vom Rheide ausgesprochene Verlangen die französische Regierung sich vielmehr damit begnügt habe, zur Vorbereitung und Herstellung eines Einverständnisses mit den übrigen Mächten über die Reorganisation der ägyptischen Finanzen einen ihrer Beamten zu designiren; durch diesen Beamten werde aber in keiner Weise eine Verantwortlichkeit des französischen Staatschages herbeigeführt werden, derselbe werde einfach Beamter der ägyptischen Regierung sein.

England.

London, 29. Mai. Am Sonnabend gingen 2000 Str. Schießpulver und eine Million Patronen von hier nach Malta ab. In Portsmouth wird die Fertigstellung der nahezu schon vollständig ausgerüsteten Kriegsschiffe möglichst beschleunigt.

Rußland.

Warschau, 27. Mai. Seit einigen Tagen wird, einer der "B. Z." zugegangenen Privatmittheilung zufolge, von der Errichtung eines Centralbahnhofs gesprochen, in welchem sämtliche hier mündende Schienenstrassen sich vereinigen sollen. — Die diesjährigen großen Pferderennen beginnen hier am Sonntag, den 11. Juni, und werden am 13., 15. und 17. Juni fortgesetzt. — Am 15. Juli wird von hier aus mittelst Extrazuges über Wien, München, Paris und Gavrre, und von letzterem Orte aus auf einem Dampfer, eine Gesellschaftsreise zum Besuche der Ausstellung in Philadelphia angetreten. Jeder Theilnehmer soll 300 Rubel zu zahlen haben.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Mai. Von der Regierung werden folgende Nachrichten verbreitet: Dank den energischen und combinirten Maßregeln der Regierung ist die aufständische Bewegung in Bulgarien jetzt vollständig unterdrückt. Die von allen Seiten eingeschlossenen Insurgenten beilegen sich ihre Unterwerfung in Masse zu machen. Ihre Führer werden vor Gericht gestellt werden. Man beschäftigt sich in diesem Augenblicke damit, die Bewohner wieder in ihre Wohnungen zurückzuführen. Die aufgefundenen Papiere und Correspondenzen der Insurgentenführer befinden sich in den Händen der Regierung, welche binnen Kurzem, nach der überall eingeleiteten Untersuchung, die Thatfachen festzustellen, die Schuldigen zu bestrafen und die Anführer dieser Unruhen öffentlich anzuklagen im Stande sein wird. (W. T.)

Danzig, 31. Mai.

* Der preussische Finanzminister veröffentlicht folgende bundesrathliche Bestimmung: Sämtliche Reichs- und Landesrenten haben die ihnen bei Zahlungen angebotenen beschränkten oder unbeschränkten gewordenen (einschließlich der geklebten und der beschnittenen) Reichs-Kassenscheine, deren Umlaufsfähigkeit zweifellos ist, anzunehmen aber nicht wieder anzugeben, sondern an Sammelstellen (die Reichs-Hauptkasse und die Ober-Postkassen, beziehungsweise die General-Staatskassen und die Regierungen, beziehungsweise die Bezirks-Hauptkassen) abzugeben. Solche Reichs-Kassenscheine sind, außer von der Reichs-Hauptkasse, auch von den vorberechneten übrigen Kassen gegen Umlaufsfähigkeit Reichs-Kassenscheine oder baares Geld umzutauschen. Dagegen sind alle Anträge auf Erlaß für Reichs-Kassenscheine, deren Umlaufsfähigkeit zweifelhaft ist, direct an die Reichs-Schuldenverwaltung in Berlin zu richten.

** Am 27. und 28. Mai tagte zu Oesterode die dritte Jahres-Versammlung des hier sesshaften "Preuss. Provinzial-Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung". Die Vorbereitungen für dieselbe hatte der Vorstand des dortigen Handwerker-Vereins unter Mitwirkung des Herrn Bürgermeisters und mehrerer anderer Herren übernommen, welche mit liebevoller Sorgfalt ihre gastfreundliche Aufgabe erfüllten. Als Versammlungsort war die geräumige freundliche Aula der neuen Stadtschule ausgesprochen und in festlicher Schminke gekleidet worden. Dort versammelte sich denn am 27. Nachmittags 4 Uhr, zunächst der Ausschuß des Verbandes mit den Vorständen verschiedener Vereine zu einer kurzen, den Verhandlungsgeschäften gewidmeten Sitzung, in welcher beschlossen wurde, die der Centralstelle verliehenen Corporationsrechte auch für den diesseitigen Verband zu acceptiren und die Verfassung desselben demgemäß zu gestalten. Von einem Gesuch an den Provinzial-Landtag um Gewährung einer Beihilfe beabsichtigt und Unterstützung von Volksbibliotheken ward für dieses Jahr mit Rücksicht auf den Theilungsstreit noch Abstand genommen. — In der darauf folgenden allgemeinen Versammlung ergab sich die Anwesenheit von ca. 30 Vertretern aus 22 Bildungs-, Handwerker- und Gewerbevereinen und 20-30 Gästen, welche den Verhandlungen stets beiwohnten. Dr. Rubenjohn, der Vorsitzende des Local-Comités, begrüßte die Versammlung Namens des Oesteroder Vereins, Bürgermeister Koke später Namens der dortigen Bürgerschaft. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde darauf der Verbands-Vorsteher Hr. Klein aus Danzig, zum Beisitzer Dr. Rubenjohn und zu Schriftführern wurden die Herren Gerichthaus Raabe, Meidenburg und Candidat Meibauer-Osterode gewählt, während der Buchdrucker-Besitzer Albrechts aus Tilsit die Berichterstattung übernahm. Erster Gegenstand der Tagesordnung war nach Abstattung des Jahresberichtes, der ein recht erfreuliches Wachsthum sowohl der Mitgliederzahl als der Leistungen des Verbandes constatirte, die Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr, welche einstimmig genehmigt wurde; hierauf folgte eine längere Besprechung über die letztjährigen Erfolge des Vereinsthuns in der Provinz und die dabei zu Tage getretene Erscheinung, daß namentlich im Gefellenstande mehr und mehr die Lust zur Fortbildung zu sinken scheint, während sich bei den Meistern der Procentzahl ihrer Theilnahme an den Bildungs-Vereinen erheblich gesteigert hat. Ein gefälliges Besamensein beendete den ersten Versammlungstag. — Am zweiten Tage begann die Thätigkeit der Versammlung mit einer längeren Verhandlung über obligatorische und facultative Fortbildungsschulen. Der erste Referent, Herr Candidat Meibauer, empfahl als Anfang freiwillige Fortbildungsschulen, um erst den Handwerkerstand für dieselbe zu interessieren, und den allmählichen Uebergang zu erweiteren obligatorischen Schulen dieser Art. Der zweite Referent, Herr Dr. Streibitz-Neustadt, will auch die Wohnverhältnisse und die Verhältnisse des Handwerkerstandes schonen, glaubt aber, daß freiwillige Schulen nur in größeren Städten gedeihen könnten, wie die im vorigen Frühjahr erschienene Nagel'sche Schrift beweist; in kleineren Städten sei der heilsame Zwang nicht zu entbehren. Was die Organisation solcher Schulen anbelangt, so erkennt Redner die warme Fürsorge des Cultusministers für dieselben an, hält aber dessen Anforderungen für etwas weitgehend und vermisst in dessen Vorgehensweisen den Gesichtspunkt, den er für in weitestgehendes Element zur Verfürgung der jungen Leute betrachte. Kreisrichter Kabilinski aus Mewe, der dritte Referent, plaidirte in einem schriftlichen Votum, da er am Erscheinen behindert war, für allgemeine gefällige Einführung eines obligatorischen Knaben-Unterrichts vom 14. bis zum 18. Jahre unter Hinweis auf die erhöhten Anforderungen, welche Staat und Gemeinden an jeden Bürger stellen. In der Debatte fand der obligatorische Fortbildungs-Unterricht nur vereinzelte Vertreter. Einzelne Redner erklärten sich principiell dagegen, die Zwangstheorie des Staats soweit auszudehnen, Andere, namentlich die Herren Dr. Nagel-Ebing und Klein-Danzig, wolle erst die vorhandenen Mängel der Volksschulen beseitigt wissen, ehe sie den Gemeinden derartige Opfer auferlegen können. Die Forderung überbreite das Maß des Erreichbaren, denn erstens sei ein Schulzwang für Personen, die in das wirtschaftliche Leben eingetreten, kaum ausführbar, zweitens seien die Meister gar nicht im Stande, für den Schulbesuch ihrer Lehrlinge einzustehen und drittens lasse sich jungen Leuten, welche nichts lernen wollten, doch nicht die Bildung eintrichern. Von einer Beschlusfassung über den Gegenstand ward Abstand genommen, nachdem die Meinungen sich ziemlich allgemein dahin concentrirt hatten, daß für alle Gemeinden das Bestehen mindestens einer Fortbildungsschule anzustreben, denselben ein obligatorischer Charakter aber nur da zu verleihen sei, wo die Gemeindebehörden in Uebereinstimmung mit der Majorität der Gewerbetreibenden für ersprießlich oder erforderlich erachteten. Dagegen sei in Vereinen und in der Presse jede Gelegenheit zu benutzen, um die Gewerbetreibenden für das Fortbildungsschulwesen zu interessieren. — Der folgende Gegenstand betraf die Veranstaltung von Gast- und Wander-vorträgen, über welche der Vorsitzende kurz berichtete und bei dem es sich wesenlich um die Frage handelte, ob das ständige Wanderlehrerthum mehr auszubilden sei, oder ob die von hervorragenden Gelehrten und Literaten selbstständig unternommenen Vortragsreisen vorzuziehen seien. Man stimmte dem Referenten darin bei, daß den letzteren trotz der höheren Kosten, welche sie mitunter erfordern, der Vorzug zu geben sei. Nach eingehenden Berichten der Herren Gebauer-Danzig und Dr. Lindwurm-Insterburg ward dann über die Verbindung von Unterrichts- und Hilfskassen sowie von Spar- und Versicherungs-Instituten mit Bildungs-Vereinen discutirt, eine Beschlusfassung auch hierbei unterlassen, jedoch der große Nutzen, welchen der Danziger Bildungs-Verein durch seine derartigen Unternehmungen erzielt hat, gern anerkannt. — Den letzten Gegenstand bildete die Errichtung und Verwaltung öffentlicher Volksbibliotheken in Stadt und Land. Der Referent Hr. Kranz-Danzig wolle auch sämtliche übrigen Redner empfohlenen Volksbibliotheken auf's Wärmste, da die Literatur das Hauptbildungsmittel des Volkes sei. In der Schweiz beständen, wie aus den von der sächsischen Regierung angeforderten Erhebungen nachgewiesen wurde, über 1600 Volksbibliotheken, in Dänemark über 900; auch in Norwegen habe fast jedes Dorf seine Bibliothek; bei uns fehlten solche Bibliotheken für die Dörfer und für die Volksschulen fast gänzlich, nur in Württemberg hätten sich die Staatsbehörden dieser Sache mit Wärme angenommen. Ebenso wie für Fortbildungsschulen, so müsse auch zur Unterstüßung guter Volksbibliotheken alljährlich eine Summe auf den Staatshaushaltsetat gesetzt werden, und die Vereine müßten dahin streben, Gemeinden, öffentliche Gesellschaften und wohlhabendere Privatleute dafür zu interessieren, zu welchem Zwecke ein Aufruf durch den Provinzial-Verband gewünscht wurde. — Schließlich wurde die auf 1511 M. Einnahme und 1246 M. Ausgabe abschließende Jahresrechnung, sowie der nächstjährige Etat genehmigt; zum Mitgliede des Ausschusses an Stelle eines ausgeschiedenen Insterburger Mitgliedes wurde Hr. Redacteur Dr. Köster-Mühlfeld zu Königsberg neu gewählt und zum Verbandsvorsteher Hr. A. Klein aus Danzig einstimmig wiedergewählt. — Ein Festmahl im Rühl's Hotel beendete darauf in den späteren Nachmittagsstunden die Versammlung.

** [Polizeibericht.] Der Fuhrmann Ignaz P. aus Berent wurde gestern Nachmittags in Stadtgebiet überfahren und erlitt bedeutende Verletzungen an Brust und Kopf, so daß seine sofortige Unterbringung im Stadt-Lazareth erfolgen mußte. P. war betrunken und geriet durch eigene Unvorsichtigkeit unter die Räder des von ihm geführten Wagens, neben dem er ging. — Die Knaben G., K. und H. wurden letzten Sonntag Nachmittags im Jüngerthaler Waide von sieben schlecht gekleideten jungen Menschen, aufeinander Mauerbrängler, überfallen und geschlagen, wobei dem Knaben K. die Taschenhülle geraubt und auf den G. mit einem geladenen Terzerol geschossen wurde. Durch den Schuß wurde dem G. die Kleider angebrannt. Die Ermittlungen nach den Thätern sind im Gange. — Gestohlen: Dem Schiffskapitän B. aus verschlossener Kajüte mittelst Einsteigens eine silberne Cylinderschloß mit goldener Kette. Als Dieb ist der Schiffskoch S. ermittelt; der unversch. S. im Laden des Kaufmanns D. eine Geldtasche mit 2 Thlrn. 13 Gr. Inhalt vom Badentisch, auf welchen die S. die Tasche abgelegt hatte. Der Verdacht des Diebstahls fällt auf ein anständig gekleidetes Mädchen, welches in der Nähe gestanden. — Gefunden: Am 25. d. M. ein Wagenschlüssel auf dem Fischmarkt.

Aus Dentsch Eylau — schreibt ein Correspondent der "E. Z.": Die Eröffnung der Marienburg-Mlawkaer Bahn ist wohl noch nicht so nahe bevorstehend, der 4. Juli wird schwerlich die Uebergabe der Bahn an den Verkehr sehen. Vorläufig können sich unsere Mitbürger das Vergnügen, gratis mit Arbeitszügen nach Rosenberg und Riesenburg zu fahren; am Morgen des 2. Pfingstfeiertages namentlich beabsich-

tigen Viele einen solchen Bahnaußflug mitzumachen. — Wie jetzt endlich festgestellt, wird späterhin zwischen den Stationen Eylau und Rosenberg eine Haltestelle errichtet werden und zwar in dem ungefähr auf der Hälfte des Weges, jedoch näher nach Eylau zu gelegenen Dorfe Sommerau.

△ Oesterode, 29. Mai. Der Fleckentypus in der hiesigen Stadt ist vollständig erloschen. Seit dem 29. April ist kein neuer Erkrankungsfall vorgekommen. Die früher Erkrankten sind sämtlich genesen. — Die Paul u. f. in unserer Stadt ist in diesem Jahre eine recht rege. Außer zahlreichen Reparatur- und Erweiterungsarbeiten sind 12 Neubauten von Wohnhäusern in der Ausführung begriffen, so daß sich wohl hoffen läßt, daß der Wohnungsmangel endlich gehoben werden wird. Die Badeanstalt im Drewenssee ist bedeutend erweitert worden, und ist damit gleichfalls einem durch das Wachsthum der Stadt veranlaßten Bedürfnis Rechnung getragen worden.

Vermischtes.

Berlin. Der Kaiser hat aus eigener Initiative, um sämtlichen Mitgliedern der Königl. Bühnen die Theilnahme an der Feier des 25jährigen Jubiläums des General-Intendanten von Hülßen zu ermöglichen, befohlen, daß die Vorstellungen am 1. Juni c. in beiden Kgl. Theatern ausfallen.

— Am 10. Juni feiert der am das Deutsche Volkslied hochverdiente Königl. Musikdirector und Seminarlehrer Ludwig Erk sein 50jähriges Amts-Jubiläum. Erk ist 1807 in Weklar geboren.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. Mai.		Gr. u. 30.	
Weizen	gelber	Gr. u. 30.	Gr. u. 30.
Mai	218,50	219	104,50/104,50
Septbr.-Oct.	219	220	84,70/84,90
Roggen	173	170	96,10/96
Mai	165,50	166	101,50/101,60
Septbr.-Oct.	165,50	166	84,20/83,70
Petroleum	—	—	134,60/127*
Mai	—	—	431/424*
Septbr.-Oct.	—	—	19,70/19
Mai	65,80	65,80	117,10/115,70
Septbr.-Oct.	65,50	65,40	227,50/220*
Spiritus loco	51,60	51,50	57,70/56,70
Mai-Juni	52,90	52,70	267,40/266,90
Aug.-Septbr.	52,90	52,70	168,95/168,10
ung. Schach.-u. II	78,25	78	20,40
ung. Staats-Obl.-Prior. C. II.	47,90	(?)	
Fondsbörse fest.			

Danziger Börse.

Amliche Notierungen am 31. Mai.
Weizen loco ohne Kaufkraft, 7er Tonne von 2000 A feingelagert u. weiß 130-135A 225-235 A Br.
hochbunt . . . 128-132A 220-230 A Br.
hellbunt . . . 125-131A 220-230 A Br. 212-232
bunt . . . 124-128A 215-220 A Br. A bez.
roth . . . 128-132A 215-220 A Br.
ordinair . . . 113-125A 200-208 A Br.

Regulirungspreis 126A bunt lieferbar 214 A.
Auf Lieferung 126A bunt 7er Juni-Juli 214 A.
Br., 7er Juli-August 215 A bez., 7er August-Septbr. 218 A Br., 216 A Gd., 7er Septbr.-October 217 A Br.

Roggen loco ohne Handel, 7er Tonne von 2000 A Regulirungspreis 120A lieferbar 162 A.
Auf Lieferung 7er Septbr.-October 166 A bezahlt, 170 A Br.

Rüben loco 7er Tonne von 2000 A 7er Septbr.-October 297 A Br.
Petroleum loco 7er 100 A (Original-Tara) ab Stenfahrwasser 13,50 A.

Auf Lieferung 7er Juni 13,50 A.
Steinkohlen 7er 3000 Kilogr. ab Stenfahrwasser in Kahlslabungen, doppelt refectierte Kahlslabungen 48-54 A, schottische Maschinenkohlen 51-52 A.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,47 Gd., do. 3 Mon., 20,40 Br. 3/4 A. Preuss. Staats-Schuldscheine 93,65 Gd. 3/4 A. Westpreussische Pfandbriefe, ritterchaftlich 84,55 Gd., 4 1/2 A. do. 95,65 Gd., 4 1/2 A. do. 101,85 Br., 5 1/2 A. do. 106,50 Gd., 5 1/2 A. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 1/2 A. Pommerische Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 1/2 A. Sietter National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br.

Das Vorkehramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 31. Mai 1876.

Getreide-Börse. Wetter: warm, Mittags hejogen. Wind: West.

Weizen loco blieb ganz verschieden mit gestern am heutigen Markte ohne Beachtung und Kaufkraft, und sind nur 84 Tonnen, zum Theil auch wohl etwas billiger als gestern, zu verkaufen gewesen. Bezahl ist für Sommer- 131A 215 A, roth 120 und 128A 212 A, bunt 126A 214 A, hellbunt 127A 222 A, alt hochbunt 131A 232 A 7er Tonne. Termine billiger, Juni-Juli gestern auch bezahlt mit 216 A, heute 214 A Br., Juli-August 215 A bez., August-September 218 A Br., 216 A Gd., September-October 217 A Br., 216 A Gd. Regulirungspreis 214 A.

Roggen loco nicht gehandelt. Termine niedriger, September-October 166 A bez. Regulirungspreis 162 A. — Rüben loco ohne Angebot. Termine September-October 297 A Br.

Stenfahrwasser, 31. Mai. Wind: W. Angelommen: Ulrica, Lörrgreen, Liverpool, Salz.

31. Mai. Wind: W. Angelommen: Vater, Köhl, Liverpool, Salz. — Oberförster Uffeln, Wildbad, Reith, Koblenther. — Ben Avon (SD.), Jastray, Reith, Koblenther.

Gesegelt: Kasraria (SD.), Bibbing, London, Getreide und Holz. — Hermot (SD.), Olsen, Rotterdam (via Pillau), Getreide. — Hendrika, Fighth, London; Lina, Darm, Ronen; Marie Sophie, Witt, Hamburg; sämtlich mit Holz. — Waldemar (SD.), Hansen, London, Getreide und Holz.

Ankommend: Briga X. Juny.

Thorn, 30. Mai. Wasserstand: 4 Fuß — Zoll.

Wind: SW. Wetter: freundlich. Von Magdeburg und Gentheim nach Thorn: Koch, Andrea, Dehne u. Wille, Reichardt u. Frubner, Salge u. Scheller, Schumann u. Garde, Fischer u. Co., Dommerich u. Co., Brandt, Grünwald jun., Hauswaldt, Liefert, Ocker, Knochenhans, Rudeln, Jander, Schellack, Stärfelprun, Gichorie, Pfannen, Stärke, Gries, Farin, Wagenschmiede, Farbenerbe, Farbe.

Stromab: Schröder, Moskiewica, Thorn, Danzig, 1 Kahn, 1822 Ztr. 59 Ztr. eigene Schwellen. Sachjenhaus, Vießschütz, Jaruslaw, Danzig, 2 Traften, 287 St. Ballen w. S., 173 Schod Fassholz, 1184 Mauerlatten.

Ende, Hebe, Jaruslaw, Danzig, 3 Traften, 400 St. Ballen w. S., 800 Mauerlatten.

Meteorologische Beobachtungen.

Wet.	Barometer	Thermometer	Wind und Wetter.
Stunde	Stand in Par. Linien	im Freien.	
30 4	337,30	+ 17,8	W., frisch, hell, bew.
31 8	337,06	+ 14,8	W., klar, hell, klar
12	336,62	+ 17,9	W.S.W., mäßig, Gewitterluft.

Command.	106,75	7	Berg. u. Hütten-Gesellsch.		
Br. u. Schmelz.	10,50	0		Div. 1874	
Gabelsges.	36,50	0	Börm. Union Hgb.	6,25	0
ing. Br. u.	82,20	5 1/4	Schlags- u. Bauw.	56,25	10
st. Brstb.	77,90	3	Stodberg, Sint	21,60	1 1/2
Leitungs-Bant	126,25	6 1/4	do. Gl.-F.	85,40	6 1/4
Brstb.-Werk	223	5	Victoria-Hütte	29,25	8
Dobener-St.	97,10	8			
Cent.-W.-G.	117,75	9 1/2	Deutsches Cons. v. 30. Mai		
Gr. W.-Werk	52	0	Amsterdam	8 Ag. 3	169,35
Mittelsch.	125	9 1/2	do.	3 Wkt. 8	168,60
thau, Wnto.	67,75	5 1/2	Bomb.	8 Ag. 2	20,47
Bantverein	83,50	6	do.	3 Wkt. 2	20,40
Verreinbant	86,25	0	Paris	8 Ag. 3	81,10
St.-Leistort	4	0	Wels. Bantst.	3 Ag. 2	81
Colonie	6250	55	do.	3 Wkt. 2	80,75
VerreinBage	24	1	Wien	8 Ag. 4	167,60
Bau- u. St.	46	0	do.	2 Wkt. 4	166,60
Central-Kratt	38	3	Petersburg	3 Wkt. 6	265,30
u. Bangei.	48	0	do.	3 Wkt. 6	262,30
St.- u. W.	15,50	0	Warschau	8 Ag. 6	266
W.- u. W.	69,90	4			
W.- u. W.	75,50	7	Sorten.		
Omni-Bug.	16	0	Vanille-Ste.		9,55
f. Baumet.	6,50	0	Dulaten		20,40
W.- u. W.	10,50	0	Sowernigs		16,25
Wap.-Habr	16,50	5 1/4	20-Grancs-St.		—
VerreinBage	3,60	0	Imperialis pr. 500 Gr.		4,18
W.- u. W.	37,25	0	Dollar		99,83
W.- u. W.	0,20	0	Fremde Banknoten		168,10
W.- u. W.	27	0	Oesterreichische Bankn.		—
W.- u. W.		0	do. Silberguden		966,90

Bekanntmachung.

An dem Lazareth am Olivaer Thor soll ein dirigierender Arzt für die Station der inneren Krankheiten angefordert werden, welchem gleichzeitig die ärztliche Leitung der entsprechenden Station an dem städtischen Krankenhaus in der Töpfergasse, sowie die Behandlung der im städtischen Arbeits- und Siechenhause vorkommenden inneren Krankheiten obliegen soll. Das Gehalt ist auf 3000 M. jährlich, neben freier Dienstwohnung normiert.

Qualifizierte Bewerber werden ersucht, ihre Meldungen unter Beifügung etwaiger Qualifikationszeugnisse bis

zum 15. Juni d. J.

an den unterzeichneten Magistrat gelangen zu lassen.

Danzig, den 26. Mai 1876.

Der Magistrat.

(3085)

Bekanntmachung.

Der auf 2254 M. 61 A veranschlagte Einrichtungsplan der Baracke No. IV am Hagelsberge zur Aufnahme von Feldfahrzeugen soll im Wege der Submission in Entreprise vergeben werden. Geeignete Unternehmer wollen daher ihre beschafften Offerten versiegelt und mit der Aufschrift: „Submission auf den Einrichtungsplan der Baracke No. IV“ versehen bis zu dem zur Eröffnung derselben in Gegenwart der etwa Erschienenen auf den 6. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, an dem unterzeichneten Bureau, Heiligegeistgasse No. 108, 2. Et., einreichen, woselbst auch Kostenanschlag und Bedingungen zur Einsicht ausliegen.

Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Danzig, den 29. Mai 1876.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Im Namen des Königs!

In der Injurienprozeß-Sache des Kgl. Försters **Jurany** zu Forsthaus Schönholz, Kläger, wider den Rentier **August Kuntz** in Postelau, Beklagter, hat der I. Kommissar für Injurien-Sachen des Königl. Stadt- und Kreis-Gerichts zu Danzig unter dem 15. Mai 1876 für Recht erkannt:

daß der Beklagte der öffentlichen Beleidigung des Klägers schuldig und deshalb mit einer Geldstrafe von zwanzig Mark, an deren Stelle im Fall des Unvermögens eine vierjährige Gefängnisstrafe zu setzen, zu belegen, und die Kosten des Verfahrens zu tragen, gehalten, dem Kläger auch die Befugnis auszusprechen, den verfügbaren Theil der Entscheidung innerhalb 4 Wochen, nachdem dieselbe die Rechtskraft beschränkt, in der „Danziger Zeitung“ und im „Kreisblatte“ des Verrenter Kreises auf Kosten des Beklagten zu veröffentlichen.

Von Rechts Wegen.

Nothwendige Subhastation.

Das dem Expositions-Assistenten **Augustus v. Tscholka** in Bromberg gehörige, im Kreise **Pr. Stargard** belegene, im Grundbuche Band I, Blatt No. 1 verzeichnete Rittergut **Ruffel No. 1**, soll

am 19. Juli cr.,

Vormittags 10 Uhr,

in unserm Gerichtszimmer No. 1, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 20. Juli cr.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserm Geschäftszimmer No. 1 verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 145 Hekt. 36 Ares 50 Q Meter, der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden: 1754/100 M., Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden, 159 Mark.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und beaunbteigte Abschrift des Grundbuchblattes können in unserm Geschäftslokal Bureau III, in den Vormittagsstunden eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigentum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürftige, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Pr. Stargard, den 13. Mai 1876.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhastationsrichter. (2691)

Zur Aufbewahrung in unseren Tresoren werden Gelder, Effecten und Pretiosen sowohl in verschlossenen Packeten wie offen angenommen.

Nach Zustimmung des Verwaltungsrathes wird bei sämtlichen offen übergebenen Wertpapieren die Kontrolle ihrer Auslosungs- und Rückzahlungstermine, der Austausch von Coupons gegen neue Couponsbogen und von Zinsen-scheinen gegen definitive Stücke, das Intasso fälliger Coupons und ausgelosener Stücke, die Leistung von Einzahlungen auf nicht vollgezahlte Papiere und die Geldentnahme des mit den deponirten Papieren verbundenen Bezugsrechts auf neue Papiere nach Maßgabe der uns zu dem Zwecke zur Disposition gestellten Geldbeträge übernommen. Desgleichen können uns Hypotheken-Instrumente zur Aufbewahrung übergeben und die Zinsenannahme der verbrieften Forderung übertragen werden, insbesondere wird von uns bei zur Verwahrung übernommenen Grundschuldbriefen neben dem Intasso der Zinsquittungshefte auch die Kontrolle vorkommender Berichtigungen von Subhastationen der für die Grundschuld verhafteten Besichtigungen bewirkt werden.

Ueber die Höhe der durch Verwaltungs-rathsbeschluss festgesetzten Provisionsätze geben die Auszüge im Kassenlokal Aufschluß und können daselbst auch Abdrücke der für die vorgedachten Verhältnisse maßgebenden Bedingungen während der Geschäftsstunden in Empfang genommen werden.

Königsberg, den 26. Mai 1876.

Preuß. Landständische Darlehnskasse.

Seliger. M. Passauer.

Das Comtoir Jopengasse 1, ist zum 1. Decbr. zu vermieten. Näheres bei Hl. 1. Tr. hoch.

(3242)

Auction.

Donnerstag, den 1. Juni 1876, Vorm. 10 Uhr,

auf dem Königl. Seepachthofe mit

20 Fässern Chlorkalk,

welche hier per Schiff „Industrie“ in bavarischem Zustande angekommen sind.

Mellien. Ehrlich.

Anzüge für Knaben

von 2-16 Jahren, für größere Knaben mit Rock,

empfiehlt

in großartiger Auswahl,

zu auffallend billigen Preisen

H. Peril, Langgasse 70.

Stücke zum Ausbessern gratis.
Eine kleine Partie vorjähriger Anzüge zur Hälfte des Kostenpreises.

Kiehl & Pitschel,

Leinenhandlung und Wäsche-Fabrik,

71. Langgasse 71,

empfehlen

weiße Unterzüge in gutem Stoff und größter Wahl zu 15 Gr., 25 Gr., 27 Gr. 6 A, 30 Gr., 35 Gr., 40 Gr. und bess. r.

Pantalons in gestreift. Satin mit Besatz und Säumen garnirt von 15 Gr. an bis 4 A.

Corsets in weiß, grau, roth und schwarz von 6 Gr. 6 A an,

Damenfragen in Reinen mit Untertuch in neuen Facons von 3 Gr. an,

Fallstulpen für Herren und Damen von 3 Gr. an,

Damenhemden bis zu dem elegantesten Genre von 20 Gr. an,

Mannshemden von 20 Gr. an,

Oberhemden mit den neuesten Faltenlagen schon von 22 Gr. an.

Eine Partie seidener Damen-Châles

um damit zu räumen zu sehr billigen Preisen.

Die Schuhwaaren-Fabrik

von T. Eberhard,

Sundegasse No. 19,

empfiehlt ihr Lager elegant und dauerhaft gearbeiteter Fußbekleidungen hierdurch ganz ergebenst.

NB. Eine Partie Kinderstiefel in Zeug und Leder, zu schnüren und mit Elastik sind im Preise bedeutend zurückgesetzt.

Die Union,

Allgemeine Deutsche Hagelversicherungs-Gesellschaft.

Grundkapital 9 Millionen Mark.

Davon sind 5019 Aktien emittirt 7 528 500 Mark.

Vorhandene Reserven Ende December 1875 972 968 „

Darunteriges Gesamt-Garantie-Kapital: 8 501 468 Mark.

Die Gesellschaft versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden zu festen Prämien ohne Nachschußzahlung.

Jede Auskunft über dieselbe wird erteilt und Versicherungen werden vermittelt durch die unterzeichneten Herren Agenten, welche gleichzeitig Agenten der **Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft** sind, die mit der **Union** in engster Verbindung steht.

Königsberg, im April 1876.

Die Haupt-Agentur.

O. Hempel,

Domstraße No. 11.

In Bischofswerder **L. Kossack**, Apotheker,
„ **Briefen Max Vogler**, Kaufmann,
„ **Carthaus Rohde**, Gerichts-Altuar,
„ **Christoph Weber**, Rentier,
„ **Conit A. Wollsdorf**, Buchhändler,
„ **Gulm P. Froelich**, Kreis-Kommunal-Kassen-Rendant,
„ **Gulmsee Zimmermann**, Kreis-Altuar,
„ **Danzig, Laßabie 7**, Hoerberlein und Schulz, Kaufleute (Haupt-Agentur),
„ **Danzig, Holzgasse 25**, Siebentritt, Gerichtssekretair,
„ **Danzig, Winterplatz**, Ernst Wendt, Kaufmann,
„ **Dirschau H. Richardi**, Zimmermeister,
„ **Dr. Crone Schenk**, Kreis-Ärzt,
„ **Dr. Eylau Möhrs**, Kreis-Gerichtssekretair,
„ **Elbing Aug. Abramowski**, Kaufmann,
„ **Flatau Wollermann**, Rentamtskassen-Rendant,
„ **Freystadt Otto Belau**, Posthalter,
„ **Graubenz Suder**, Kreis-Gerichtssekretair,
„ **Jablonski Franz Grauer**, Kaufmann,
„ **Löbau Robert Barganowski**, Gerichts-Altuar,
„ **Marienburg A. Starck**, Oberposthalter,
„ **Neuenburg J. Klatt**, Maurermeister,
„ **Neustadt Geiger**, Oberlehrer,
„ **Neutich O. R. Dressler**, Apotheker,
„ **Pr. Stargard Gust. Beyer**, Kreis-Steuererheber,
„ **Rauben bei Pelpin Bonus**, Gastwirth,
„ **Riesenburg Eduard Boldewahn**, Lehrer,
„ **Schweg Joh. Niemojewski**, Kreis-Ausssch.-Sekretair,
„ **Strasburg v. Zambrzycki**, Gerichts-Sekretair,
„ **Thorn Ernst Lambbeck**, Buchhändler,
„ **Thorn Joh. Krauss**, Buchhändler,
„ **Zoppot W. H. Hoffmann**, Rentier,
„ **Rosenberg Haberfeld**, Gutsbesitzer in Carlswalde.

Wegen Pachtkaufgabe (Ende Juni) Auction über

65 Stück Rindvieh,

Holländer und Ostfriesen (eigener Aufzucht), durchweg jung,

1300 Rambouillet-Rammwoll-Schafe,

preisgekrönt 1872 in Paris mit dem ersten Preise,

30 Pferde,

viele Maschinen und vollständiges Inventar.

Schafe und Vieh können schon jetzt besichtigt werden. Die Mutterchafe sind schon jetzt veräußert.

P. Busse,

Concerzewo, Pöskation Wilhelmsdorf bei Bromberg,

Eisenbahnstation Ratel.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik

von

Wilhelm Henze,

Heiligegeistgasse No. 127,

empfiehlt ein reichhaltiges Lager selbstgefertigter Schuhe und Stiefel für Herren, Damen und Kinder.

Die

EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK

Carl Kohlert,

Otto Most,

DANZIG, Weidengasse 35,

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager von Dampfmaschinen bis zu 16 Pferdekraft, Lokomobilen, Pumpen, Winden, Armaturen und Transmissionsheilen, kleinen Kesseln verschiedener Systeme; allen gangbaren Gussartikeln wie Balken- und Grabgitter, Garten-Tische und Bänke, Console etc. etc.

Die Asphalt- und Dachpappen-Fabrik

von

Eduard Rothenberg,

Cemtoir: Jopengasse No. 12,

empfiehlt:

Asphaltirte Dachpappen in verschiedenen Stärken in Bahnen und Tafeln,

Asphalt-Dachlack zum Anstrich neuer u. schadhaft gewordener Pappdächer,

Asphalt in Broden, als Zusatz zum Steinkohlentheer beim Anstrich der Pappdächer,

Asphaltplatten zur Isolirung von Fundamenten u. Abdeckung von Gewölben,

ferner:

Pappstreifen, Deckleisten, Lattennägel, Pappnägel, Steinkohlentheer zu den billigsten Preisen,

Eindeckungen mit asphaltirter Dachpappe, sowie Reparaturen aller Art werden bestens ausgeführt. (320)

Bestellungen auf R am p l e w i e r Muschelkalk,

der in seiner Ausgiebigkeit dem Gogoliner gleichkommt, und frei von Sand, Moor und Verunreinigungen ist, an Lösungs-fähigkeit den Gogoliner übertrifft, nimmt entgegen

Flitte, Gutspächer,

Krampeis per Bewit

Gemüsepflanzen

in allen Sorten offerirt

die Gabelsgärtnererei von

H. Neumann,

Olivaerthor 10 u. b. Stadtazareth 17.

Mein gut assortirtes Caffee-Lager zu ermäßigten Preisen empfehle zur geneigten Beachtung.

Arnold Nahgel,

Schmiedegasse 21

Brodzucker (feinere Raffinade u. Melis), Maschinen-Zucker, geschlagener Zucker, gemahlener Melis, hellen u. dunklen Farin gebe billigt ab.

Arnold Nahgel,

Schmiedegasse 21.

Große gefasene Gläser: Rosinen, neue Baute-Corinthen empfiehlt billigt

Arnold Nahgel,

Schmiedegasse 21.

Höchst empfehlenswerth!

Gebrüder Leder's balsamische

Edelhöl-Extrakte als milde

Wachsmittel für zarte, empfindliche

Haut, namentlich von Damen und

Kindern; a 30 A und a 1 Paket

(4 Stück) 1 M.

Dr. L. Beringuer's „**remat.**

„**Kronengeist** (Quint. Ess. d'Eau

de Cologne), ein äußerst feines

Parfüm, dient zur Erfrischung der

Lebensgeister und zur Stärkung

der Nerven; a Flacon 1 M. 25 A

und 75 A.

Prof. Dr. Albers „**Reinliche**

„**Reinlichemellen** als ausgezeichnetes

Haarwasser bei Kopf- u. Hals-

krankheiten, Raubheit im Hals etc.; a

Düte 50 A.

Dr. L. Beringuer's „**Reinliche**

„**Wurzel-Extrakt** zur Stärkung u.

Vertheilung der Kopf- und Bart-

haare, sowie zur Vertheilung der

Schuppen; a 75 A.

„**Extrakt** in Danzig bei Albert

Neumann, Langenmarkt No. 3,

vis-a-vis dem Rathshofe, sowie in

Elbing A. Teichert, Königsberg:

Th. Fragelstein, von Neudorf;

Marienburg: J. Dettling, Pr.

Stargard: J. E. Candier, Stolp:

Gust. Abt, Stuhm: Jul. Werner.

Das allein ächte

Patent Salicylsäure-

Mundwasser und Pulver

aus der Fabrik von Hugo Petzsch in Dresden,

von Zahnärzten und Aerzten zum Gebrauche dringend empfohlen, schützt die Zähne vor dem Verderben, stärkt und conservirt das Zahnfleisch, beseitigt übertriebenen Athem, entfernt jeden unangenehmen Geschmack augenblicklich und verleiht dem Munde eine angenehme Frische.

Auf keiner Toilette sollte dieses, seiner vorzüglichen Eigenschaften wegen hochgeschätzte Mundwasser fehlen, und gewiss wird es Jedem, der sich desselben einmal bediente, zum regelmäßigen Bedürfniss werden.

Preis pro 1/4 Fl. Mundw. 2 Mk. für 1 Sch. Pulver 1 Mk. Der Inhalt reicht für mehrmonatl. Gebrauche.

Zu haben in Danzig bei **Rich. Lenz** und **Franz Jantzen.** (2924)

Prima amerikanisches Schmalz

zu herabgesetzten Preisen

empfiehlt

Arnold Nahgel,

Schmiedegasse 21.

Ärztliche Empfehlung!

Herrn J. W. Wolff's Liqueur,

genannt „**Ostindischer Ingber**“ - Magenwein, habe genauer, wissenschaftlicher Untersuchung unterzogen und bescheinige sehr gern, daß dieser kräftige Ingber aus den besten Pflanzen besteht, daher auch von künstlichen Schärken vollständig frei dasteht, ferner haben mehrere Nachforschungen gezeigt, daß dieser Ingber-Magenwein sehr hilfreich bei Appetitlosigkeit, schwacher Verdauung, insbesondere gegen sämmtliche Magenschwächen als stärkender, wohlschmeckender Liqueur sich bewährt hat.

Dr. med. Groyen,

Kgl. Oberarzt.

Zu beziehen durch Herrn **A. Fast, S. Regier, J. G. Amort, C. R. Pfeiffer** in Danzig, **J. Remuski** in Gersd., **R. G. Eichardt** in Conit, **Rudolf Markte** in Schneidemühl.

Verkaufsstellen werden überall errichtet und Anordnungen erbeten.

J. W. Wolff,

Berlin C., Brenzlauerstr. 15.

Freiwilliger Verkauf.

Das **Wühlengrundstück** in **Lippusch** Kreis Berent (im großen Kirchdorf mit evang. u. kath. Kirche, 1/16 Meile von der Chaussee, 1/2 Meile von der großen Königl. Forst, 2 Meilen von Berent, mit 317 Morg. Acker) bin ich beauftragt, mit oder ohne Ader freihändig unter günstigen Bedingungen preiswerth zu verkaufen.

Dasselbe besteht aus einer Mäh- und einer Schneidemühle, erstere mit 2 Cylindern, Mähgängen, französischen Steinen, einem G. ügung. Die Schneidemühle im vorigen Jahr neu erbaut (Niemenzug u. Kreisfuge) alles neuester Construction. Die Mühlen in vollem besten Betriebe mit fester Kundenschaft. **Wasserkräft ohne Unterbrechung** mehr als ausreichend. Bedeutender Holz- und Bretterhandel im Gange. Alle Gebäude und Inventar in gutem Zustande.

Zum freihändigen Verkauf dieses Grundstücks werde ich am Donnerstag den 22. Juni d. J. beim Gastwirth Herrn **von Kalben** in Lippusch von 10 Uhr Vormittags anwesend sein. Die Hälfte des Kaufpreises kann 5 Jahre stehen bleiben.

Reflectirende Käufer können sich auch schon vorher bei mir melden, resp. das Grundstück in Augenschein nehmen.

Berent, den 26. Mai 1876.

J. Caspary.

Freiwilliger Verkauf.

Die unmittelbar bei Oliva höchst romantisch mit der schönsten Felsenklippe nach der See belegene **Villa des Hrn. Consul Lindberg**, welche ein Areal von ca. 120 Morgen Acker u. Wiesen umfasst, mit einem schönem und höchst elegant eingerichteten Wohnhause und den prachtvollsten Wirtschaftsgebäuden, 4 Wohnhäusern, sowie einem vorzüglich cultivirten Park und Garten nebst Treibhaus versehen ist, auf welcher ferner, da dieselbe hart an der Chaussee liegt, die schönsten Baustellen befindlich sind, beabsichtigen die Unterzeichneten im Ganzen oder theilweise, jedoch weder öffentlich noch meistbietend, zu verkaufen, und haben zur näheren Besprechung und Unterhandlung von Kaufbedingungen einen Termin auf

Donnerstag, den 8. Juni cr.

Vormittags 10 Uhr

in dem Gasthause des Herrn **Salzhuber** zu Oliva anberaunt.

Die Kaufbedingungen werden den Käufern sehr günstig gestellt und Kaufgelder bei möglichen Zinsen gestundet.

Leopold Cohn, Simon Anker

(3124) aus Wormditt.

Verantwortlicher Redacteur **D. Röcker** Druck und Verlag von **A. W. Kasperman**, Danzig.